

Wöchentlich 85 Pfg., monatlich 2,60 M.
im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einschl. Postgebühr, Auslandsabonnement
6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Technik“, „Bild in die
Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Töndhoff 292-297 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 3

Mittwoch
20. Juni 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kompartimentierung
90 Pfennig, Restsumme 5.— Reichs-
wart, „Kleine Anzeigen“ des tages-
gedruckte Wort 25 Pfennig (unabhängig zwei
vergebene Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig, Stellenanzeigen das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Zeile 60 Pfennig, Familienanzeigen für
Ebenbürtigen Zeile 40 Pfennig, Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft Linden-
straße 3, wochentl. von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Heute Entscheidungstag?

Warum dauert es solange?

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag nachmittag den Bericht ihrer Unterhändler entgegen. Es ergab sich, daß neben der Frage des Panzer- schiffs auch noch andere schwerwiegende Differenzen vor- handen sind, so in der Frage des Abkommens von Washington, der Wohnungspolitik, des Exi- stenzminimums bei der Lohnsteuer, des Umfangs und des Zeitpunktes der Amnestie sowie des Verfassungs- tags.

Die Fraktion wird heute 7 Uhr abends eine neue Sitzung abhalten. Um 5 Uhr wird Genosse Hermann Müller den Vertretern der Fraktionen seine For- mulierungen vorlegen. Danach wird man klarer sehen, ob die Bildung einer Regierung der Großen Koalition möglich ist oder nicht.

In der Presse sind dem Genossen Hermann Müller und der Sozialdemokratischen Fraktion Vorwürfe wegen ihres Verhaltens bei den Verhandlungen gemacht worden, deren langsames Tempo sicher recht unerfreulich ist. Dieses langsame Tempo ist jedoch nicht durch das Verhalten der Sozialdemokratie verschuldet. Es entspricht den bisherigen Vorgängen bei allen deutschen Regierungsbildungen, und wenn insbesondere die deutschnationalen Presse glaubt, sich über die Umständlichkeit der Methode lustig machen zu können, so ist daran zu erinnern, daß seinerzeit die Ent- stehung von deutschnationalen Regierungen viele Wochen gedauert hat.

Der Rekord der Langsamkeit ist noch lange nicht gebrochen. Im übrigen war es die Absicht der Sozial- demokratie, so rasch wie möglich die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis zu ziehen und nach einer Verständigung über das Allernotwendigste den Ausgleich der vorhandenen Meinungs- gegensätze dem zu bildenden Kabinett zu überlassen. Darum hat es auch die Sozialdemokratie unterlassen, mit einem lan- gen Wunschzettel in die Verhandlungen einzutreten. Es waren die anderen Fraktionen, besonders die Volks- partei, die mit solchen Wunschzetteln zu den Besprechungen kamen. Nun konnte sich die Sozialdemokratie ausgiebigeren Erörterungen nicht entziehen, wenn sie sich nicht dem Vor- wurf aussetzen wollte, durch Ungeduld alles zum Scheitern ge- bracht zu haben, sie konnte jetzt selbstverständlich auch mit ihren Forderungen nicht zurückhalten. Hoffentlich wird schon der heutige Tag zeigen, ob die Schwierigkeiten, die bei dieser Methode der Regierungsbildung ziemlich gehäuft in Er- scheinung traten, beseitigt werden können oder nicht.

Der Wunsch nach einer raschen Klärung ist berechtigt, er muß aber an die Adresse der Volkspartei gerichtet wer- den. Es gibt Dinge, die man von der Sozialdemokratie billi- gerweise nicht verlangen kann, und Dinge, auf die sie nicht verzichten kann. Darüber muß nun entschieden werden, und von uns aus steht dem nichts im Wege, daß es rasch geschieht.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag nachmittag zunächst mit laufenden Angelegen- heiten. Sodann erstattete der Abg. Berkellius Bericht über die gestrigen Regierungsverhandlungen. Darauf vertagte sich die Fra- tion auf Mittwoch nachmittag.

Die volksparteiliche Reichstagsfraktion sah gestern wieder Dr. Stresemann bei sich. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt.

Was wird in Preußen?

Der Biererausschuß der Landtagsfraktion der Deutschen Volks- partei, der mit der Führung von Verhandlungen über die Re- gierungsumbildung betraut ist, wird, wie das Nachrichtenbureau der Zeitungsvorleger meldet, heute an den Ministerpräsidenten Braun herantreten, um eine Erörterung der Frage der Bildung der großen Koalition in Preußen in Fluß zu bringen.

Die Zentrumsfraktion des Landtages

trat am Dienstag nachmittag zusammen, um die Frage der Re- gierungsumbildung in Preußen zu erörtern. Es waren 58 Teilnehmer erschienen, u. a. vom Reichstag die Herren v. Guérard und Stegerwald. Auch die dem Zentrum an- gehörenden preussischen Minister Dr. Hirtlefer, Dr. Steiger und Dr. Schmidt nahmen teil. Der Fraktionsführer Dr. Heß fehlte. In der Aussprache wurde insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß von der Deutschen Volkspartei an die Regierungs- parteien noch nicht herantreten worden sei. Nach drei- stündiger Tagung wurde ein Bericht an die Presse ausgegeben, in dem es heißt:

„Nach eingehender Erörterung ging die einmütige Auffassung der Fraktion dahin, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, eine Erweiterung der preussischen Regierungskoalition könne nur in Frage kommen, wenn eine nicht zur Koalition gehörige preussische Fraktion den bisherigen Koalitionsparteien gegenüber ihren Wunsch, in die Regierungskoalition einzutreten, zum Ausdruck bringe. Eine Erklärung dieser Art ist an die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages von keiner der nicht zur preussischen Koalition gehörenden Fraktionen des Preussischen Landtages herangekommen. Es bleibt bei der am 9. Juni d. J. durch den Abg. Herold im Plenum des Preussischen Landtages abgegebenen Erklärung der Regierungsparteien.“

letzten Jahren schon verknüpft waren, zeigt der erfreulich hohe Warenverkehr zwischen beiden Ländern an. So führten ein:

	Deutschland (aus Oesterr.)	Oesterreich (aus Deutschl.)
1924	140 Mill. Mt.	317 Mill. Mt.
1926	116	322
1927	211	370

Mit 211 Mill. Mark im letzten Jahr wurde Deutschland der beste Kunde Oesterreichs und überstiegte die Tschechoslowakei, die als Ein- fuhrland nach Oesterreich aber immer noch die erste Stelle einnimmt. Immerhin bleibt die Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Oester- reich im letzten Jahr mit 18 Proz. beachtenswert.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird neben den Zollfragen für industrielle und landwirtschaftliche Interessentengruppen die Fest- legung einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Linie stehen. So wird ein planmäßiges Vorgehen beider Länder bei Handelsvertragsverhandlungen mit Dritten erstrebt, ferner gemein- same Förderung deutscher und österreichischer Wirtschaftsinter- essen im Auslande und Uebernahme der österreichischen Interessen durch deutsche Auslandsvertretungen in den Ländern, in denen Oesterreich keine eigene Vertretung besitzt. Durch Abgrenzung ge- wisser ausländischer Absatzgebiete soll ferner die für die Industrien und den Exporthandel beider Länder unwirtschaftliche Kontur- renz begrenzt oder möglichst ganz beseitigt werden.

Als Ziel der Verhandlungen ist also eine umfassende wirtschaft- liche Zusammenarbeit gefaßt worden, die eine notwendige Vorbe- dingung für den trotz aller Hindernisse erstrebenswerten Zu- sammenschluß beider Länder bildet.

Salutschicken mit Explosion. In Remes begrüßte gestern litauische Artillerie einen zum Besuch einkaufenden englischen Kreuzer mit einem Salutschicken, wobei ein Geschoh explodierte und zwei Mann schwer sowie zwei weitere leicht verletzte.

Tschangtsolin. Zum vierten oder fünften Male wird jetzt „offi- ziell“ abwechselnd die Nachricht des Todes und des Weiter- lebens von Tschangtsolin bestätigt. Einstweilen mögen die Leser entscheiden.

Reform des Eherechts!

Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichs- tag folgenden Antrag eingebracht:

„Die Reichsregierung wird ersucht, dem Reichstage einen Geset-zentwurf vorzulegen, der die Rechtsstellung der Frau gemäß Artikel 119 der Verfassung sichert.“

Außerdem wird beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, mit größter Beschleunigung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsstel- lung des außerehelichen Kindes im Bürgerlichen Gesetzbuch in Einklang mit Artikel 121 der Reichsverfassung regelt.

Wirtschaftsvertrag mit Oesterreich.

Zu den deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen.

Am 18. Juni sind in Wien, wie wir bereits meldeten, die deutschen und österreichischen Verhandlungskommissionen zusammengetreten, um ein neues Wirtschaftsabkommen abzuschließen. Das Ziel dieser Verhandlungen ist, den Handelsvertrag von 1920 und seine späteren Zusatzabkommen durch einen Wirtschaftsvertrag zu ersetzen, der die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Bruder- länder auf möglichst breiter Basis regeln soll.

Die jetzt spruchreif gewordenen handelspolitischen Bestrebungen, die deutschen und österreichischen Wirtschaftsinteressen einander so anzuschließen, wie es auf kultur- und völkerverpolitischen Gebiet durch Angleichung des Strafgesetzes, der Eisenbahnbetriebsordnung und anderer Forderungen bereits geschehen ist, sind als ein Ausdruck der natürlichen Verbundenheit Deutschlands und Oesterreichs sehr zu begrüßen. Wie eng die Handelsbeziehungen beider Länder in den

Neue Elßaß-Krise.

Die Abgeordneten Roffé und Ricklin bleiben in Haft.

Paris, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Der Antrag der beiden elßässischen Abgeordneten Roffé und Ricklin auf sofortige Haftentlassung ist, wie aus Kolmar berichtet wird, vom Oberlandes- gericht abgelehnt worden. Damit wird die Kontro- verse um das Elßaß in ihrer ganzen Schwere von neuem aufgeworfen; denn nur die Annahme, daß das Gericht den Freilassungsanträgen entsprechen werde, hat die elßässischen Abgeordneten in der Kammer zu einer abwartenden Haltung bestimmt.

Wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Dieser lateinische Spruch könnte als Motto stehen über einer Geschichte Elßaß-Bohringens unter der kaiser- lich-deutschen Verwaltung. Aber es hat den Anschein, als ob die französische Verwaltung sich bemühen wolle, die Fehler ihrer Vorgängerin womöglich zu übertumpfen.

Theoretisch ist zwar die Regierung an der neuesten Entwicklung der Dinge unschuldig, denn nach den Grundsätzen der französischen Verfassung ist die Justiz völlig unabhängig von der Verwaltung. Aber jedermann weiß, daß in der Praxis die Trennung der Gewalten bei politischen Prozessen nicht gilt. Der Generalstaatsanwalt in Kolmar hätte die Autonomistenführer nicht verhaftet und nicht unter Anklage gestellt, der Kolmarer Schwurgerichts- prozeß hätte überhaupt nicht stattgefunden, wenn nicht die Regierung damit einverstanden gewesen wäre. Ebenso wäre es nicht zu einer Beurteilung gekommen, wenn die Regie- rung nicht jene Stimmungsmache in der Presse gutgeheißen hätte, die auf den Spruch der Geschworenen von entscheidendem Einfluß gewesen ist.

Daß die Regierung einen Einfluß auf die Entscheidungen der Justiz zu besitzen glaubte, geht am deutlichsten aus ihrer Behandlung der Angelegenheit im Parlament hervor. Es lag in der Tat, wie in unserem Pariser Telegramm an- gedeutet wird, ein stillschweigendes Kompromiß vor, das zwischen Poincaré und den bürgerlichen Parlamentariern des Elßaß unter Führung des Abbé Haeggen abgeschlossen worden war: die elßässischen Abgeordneten sollten darauf verzichten, die sofortige Haftentlassung Ricklins und Roffés im Parlament zu fordern, dafür sollte die Kammer die Wahl der beiden Inhaftierten für gültig erklären — was inzwischen geschehen ist — und nun sollten die beiden Häftlinge einen Freilassungsantrag an die zuständige Gerichtsinstanz richten, wobei man allgemein annahm, daß dies nur noch eine For- malität sein würde.

Der ablehnende Entscheid des Oberlandesgerichts hat durch diese Rechnung einen Strich gemacht. Darüber dürfte man in der Umgebung Poincarés nicht weniger bestürzt sein, als in den Kreisen der Autonomisten. Dr. Ricklin soll, als man ihm diese Entscheidung mitteilte, den Ausruf getan haben: „Das ist sehr bedauerlich, das ist ein Unglück!“, aber er dachte dabei sicherlich nicht an sich selbst, denn er und Roffé haben ja sowieso nur noch sechs Monate abzusitzen. Bismehre meinte er, daß diese Ablehnung der Freilassung un- geheure Empörung in der elßässischen Bevölkerung auslösen, und damit der Kampf zwischen Frankreich und dem Elßaß bestiger denn je entbrennen würde.

Man könnte nun meinen, daß diese unerwartete Durch- kreuzung der Pariser Kullissenvereinbarung gerade ein Be- weis dafür ist, daß der französische Richterstand tatsä- chlich unabhängig ist von den politischen Instanzen. Das mag in diesem Falle richtig sein, aber die Bevölkerung des Elßaß wird dennoch die Regierung für diese herausfordernde Gerichtsentscheidung ebenso verantwortlich machen wie für die gesamte bisherige Entwicklung der Dinge. Und sie hat insofern recht, als nicht nur die Staatsanwälte im Elßaß, sondern auch die meisten Richter ortsfremde Personen sind, die aus dem alten Frankreich importiert wurden, die einheimische Sprache nicht beherrschen und den Problemen des Elßaß verständnislos gegenüberstehen. Und da nur solche Einwohner zu Geschworenen gemacht werden, die der französischen Sprache mächtig sind, so bilden selbst die Schwurgerichte im Elßaß keine unparteiische Körper- schaften, sondern sie setzen sich hauptsächlich aus Angehörigen des Bürgertums zusammen, die politisch im Sinne der schnellen Assimilierung eingestellt sind und den Autonomisten von vornherein feindlich gegenüberstehen. Nur so ist übrigens das Kolmarer Schwurgerichtsurteil zu erklären; und nur so erklärt es sich auch, daß die große Mehrheit des elßä- sischen Volkes diesen Schuldspruch als ein französisches Tendenzurteil gegen die elßässische Eigenart empfunden hat.

Die Pariser Regierung ist zwar für die zahlreichen Fehler verantwortlich zu machen, die in den letzten Jahren und besonders bei der Strafverfolgung der Autonomisten be- gangen worden sind. An dem neuesten Fehler, der Ab- lehnung der Haftentlassung ist sie aber schuldlos. Sie be- findet sich jetzt in einer Zwischmühle: Poincaré hatte zunächst die beantragte Haftentlassung Ricklins und Roffés als eine

„Beleidigung der Geschworenen von Colmar“ schroff zurückgewiesen und mit der Vertrauensfrage beantwortet. Die erwähnte Aussprache mit den elsässischen Parlamentariern hatte ihn dann eines Besseren belehrt und er glaubte nun, durch das vereinbarte Kompromiß die ganze Affäre aus der Welt zu schaffen. Jetzt steht er abermals vor der Alternative, entweder eine „Beleidigung“ — und zwar diesmal hohen französischen Richtern — zuzufügen, oder den Kampf um das Elßah sowohl jenseits der Vogesen wie auch im Parlament aufs neue entbrennen zu lassen.

Wie er sich auch entscheiden möge, das Ansehen seiner Regierung und nicht zuletzt sein persönliches Prestige — denn er ist nicht nur Ministerpräsident und Finanzminister, sondern abendrein das zuständige Kabinettsmitglied für elsässische Fragen — wird eine starke Einbuße erleiden. Die ersten Sitzungen der Kammer haben eine zunehmende Entfremdung zwischen dem Kabinett und seiner Mehrheit offenbart. Die Wiederauflösung der Elßah-Debatte könnte sehr leicht, besonders wenn erst die bevorstehenden Stabilisierungsgehalte verabschiedet sind, zum Ausbruch einer Regierungskrise führen.

Sammlung für die Verurteilten.

Paris, 19. Juni.

Nach Meldungen aus Colmar haben mehrere Zeitungen eine öffentliche Sammlung für die Verurteilten von Colmar aufgelegt. Den Vorsitz des Zeichnungsausschusses führen die Abgeordneten Brogly und Dahlet.

Dresszuewachs für die Autonomisten in Nech.

Paris, 19. Juni.

Aus Nech wird gemeldet, daß der Verwaltungsrat der „Vothringischen Volkszeitung“, die bisher die Richtung der nationalsozialistischen Marin-Gruppe vertrat, beschlossen hat, sich das Programm der elsässischen Volkspartei zu eigen zu machen und mit der elsässischen Presse zusammenzuarbeiten. Die Zeitung ist somit ins Lager der Autonomisten abgeschwenkt.

Zuspitzung der Gegensätze zwischen rechts und links.

Paris, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Die Wahl der Bureaus der parlamentarischen Kommissionen, die am Dienstag stattfand, hat der französischen Linken einen neuen Erfolg gebracht. Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten wurde durch Akklamation der Sozialist Paul Boncour, zum Vorsitzenden der Finanzkommission wurde der Radikalsozialist Malon gewählt. Die neuen Berichterstatter gehören ebenfalls den Linksparteien an. Die Gelegenheit der Rechten über ihre Niederlage kam in der Finanzkommission heftig zum Ausdruck. Die 17 Mitglieder der Rechten verließen unter Protest den Saal, um in einer besonderen Sitzung über ihren Austritt aus der Kommission zu beraten. Nach ihrer Rückkehr erklärten sie, künftig kein Amt mehr annehmen zu wollen und die gesamte Verantwortung für das Budget der Linken überlassen zu müssen.

Die Wahl des ehemaligen Kriegministers Maginot zum Vorsitzenden der Heereskommission vermag die neue Niederlage der Rechten nicht weitzumachen. Auch innerhalb der Regierung scheint die Verstimmung über die überraschende Wiedereröffnung des längst totgeglaubten Kartells sehr groß zu sein. In den Wandergängen der Kammer wurde am Dienstagabend bereits sehr ernsthaft von der Möglichkeit einer Aftersprache gesprochen. Es gilt keineswegs als ausgeschlossen, daß Poincaré nach dem Abschluß der Stabilisierung aus dem Verfall seiner Koalition die Konsequenzen ziehen wird.

Die Amnestiefrage.

Verhandlungen im Rechtsausschuß des Landtags.

Der Rechtsausschuß des Landtags trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Volksparteilers Dr. Eichhoff zu seiner ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Beratung der kommunalistischen Amnestieentwürfe.

Die Grundzüge für die Beratung ist insofern sehr schwankend, als bekanntermaßen zur gleichen Zeit dem Reichstag drei Amnestieentwürfe von kommunistischer, deutschnationaler und nationalsozialistischer Seite vorliegen, die eine Amnestie des Reichs verlangen, die sich auch auf die Länder erstrecken soll.

Während der Berichterstatter Obuch (Komm.) das Recht des Reiches behauptet, auch für die Länder Amnestiegesetze mit bindender Kraft zu erlassen, bestreitet der Vertreter des preussischen Justizministeriums, Ministerialdirigent Dr. Schäfer, auf Grund verfassungsrechtlicher Darlegungen dieses Recht auf das entschiedenste. Die Frage kamte in der Sitzung noch nicht geklärt werden. Infolgedessen handelte der Kommunist Obuch insofern, als er entgegen seinem eigenen Standpunkt von der Obergewalt des Reiches in der Amnestiefrage die sofortige Inangriffnahme eines preussischen Amnestiegesetzes verlangte.

Ministerialdirigent Dr. Schäfer gab interessante Zahlen über die Auswirkung der Hindenburg-Amnestie. Der Gesamtergebnis stellt sich für Preußen folgendermaßen: In 16493 Fällen wurden Gnadenbewerfe erteilt, davon trugen politischen Charakter 633 Fälle. Bedingte Strafaussetzung trat in etwa einem Fünftel der Fälle ein, während in vier Fünfteln aller Fälle ohne besondere Auflage begnadigt wurde. Zu den vorliegenden Anträgen erklärte Ministerialdirigent Dr. Schäfer, sich noch nicht äußern zu können, da das Staatsministerium noch keine Stellung dazu genommen habe.

Von Interesse waren noch Angaben, die Ministerialrat Dr. Wichmann über die im Vorjahre von der Roten Hilfe herausgegebene Liste der proletarischen politischen Gefangenen machte. Diese Liste ist von der preussischen Regierung nachgeprüft worden und es hat sich herausgestellt, daß von den über 200 Fällen der Liste nur 60 der preussischen Amnestiehoheit unterstehen. Alle anderen Urteile sind von außerpreussischen Gerichten gesprochen. Von den 69 Fällen scheiden aber 47 aus, deren Strafe verbüßt oder durch Amnestie erlassen ist, so daß für ganz Preußen lediglich noch 22 politische Gefangene der Liste in Betracht kommen.

Die Verhandlungen mußten vorzeitig abgebrochen werden, da die Vertreter des Zentrums an ihrer um 4 Uhr stattfindenden Fraktionsbesprechung teilnehmen wollten. Von sozialdemokratischer Seite ist ein Abänderungsantrag eingebracht, der die preussische Regierung auffordert, beim Reich für eine Amnestie der politischen Verbrechen und Vergehen einzutreten, die alle bei Gelegenheit revolutionärer und hochverräterischer Unternehmungen begangenen Straftaten umfaßt, mit Ausnahme der Verbrechen gegen das Leben, ferner die Straftaten durch Landeserrat, mit Ausnahme der aus Eigenmord oder Geminsucht begangenen.

Regierungstempel in Württemberg

Das Kabinett Boiz stellt sich vor. — Genosse Keil antwortet.

Stuttgart, 19. Juni. (Eigenbericht.)

Der Württembergische Landtag hatte am Dienstag einen sogenannten „großen Tag“. Das lag weniger an der inhaltlich ganz reißenden Regierungserklärung, die vom Staatspräsidenten Boiz im Tone der Verlegenheit verlesen wurde, als an der geradezu grotesken Situation, in die das Land Württemberg durch den krampfhaften Versuch der Bildung einer Regierung ohne Regierungsmehrheit in der öffentlichen Meinung gebracht worden ist.

Die Regierungserklärung.

Die Regierungserklärung dürfte selbst den Anhängern der Regierungsparteien eine große Enttäuschung bereitet haben. Was sie an Spezialaufgaben der Landesgesetzgebung aufzählte, war weder neu noch rührte es an die politischen Kernfragen der Zeit. Sie wurden lediglich in dem Baus der Erklärung gestreift, der das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern betraf. Trotz der empfindlichen Niederlage, die der föderalistischen Einheitslichkeit der letzten württembergischen Regierung im Wahlkampf bereitet worden ist, hält sie an ihr fest und wehrt sich in der Frage der Gebietsabgrenzung der Länder gegen die Ausübung irgendeiner gesetzlichen Zwanges. Ein solcher ist übrigens von keiner Seite bisher versucht oder angekündigt worden. Nur in einem Punkte war die Regierungserklärung bemerkenswert, nämlich in dem gehässigen Versuch, den Gewinn der Sozialdemokratie im Wahlkampf, der überraschend groß war, zu disqualifizieren.

Die Erklärung behauptet, daß bei der Abstimmung der Wähler nicht immer der Gedanke an das Gesamtvolk und an die schweren Aufgaben des Staates das Bestimmende gewesen sei, weshalb es auch nicht die Aufgabe der politischen Führung sein könne, „unbewertbaren Jähren die höchste Bedeutung beizulegen“.

Verächtlicher als hier konnte nicht gut von den Stimmen der Arbeiterschaft gesprochen werden, die sich bei der Wahl rückhaltlos und begeistert auf die Seite der Sozialdemokratie gestellt hatten. Diese scharfsinnige Argumentation sollte auch nur verschleiern, daß das Zentrum gar nicht daran denkt, wie es ursprünglich glauben machen wollte, die Bildung der Regierung Boiz lediglich als ein Provisorium anzusehen, das für ihn nur ungenutzbar akzeptiert worden sei und dessen es sich sobald als möglich wieder entledigen wolle, sondern daß es an der Regierung und an der reaktionären Verbundenheit mit dem im Wahlkampf geradezu katastrophal geglückten deutschnationalen Führer Boiz auch weiterhin festzuhalten gedenkt.

Sozialdemokratische Antwort.

Als erster Redner aus dem Hause sprach nach dem Staatspräsidenten namens der Sozialdemokratie der Abg. Keil, der sich vornehmlich dem Versuch des Zentrums zuwandte, seine wahre Gesinnung zu verschleiern. Auf solche Weise werde Württemberg

nur wieder einmal zum Gegenstand des Spottes in ganz Deutschland gemacht. Als er, der Redner, nach der Bildung der Regierung kürzlich in den Reichstag gekommen sei, hätte der Führer des Reichstagszentrums ihn mit den Worten empfangen: „Was macht ihr denn in Württemberg wieder für Verdräuflichkeiten?“ Diese Frage kennzeichnet die politische Stellung des württembergischen Zentrums, die in seiner ganzen übrigen Partei nicht verstanden wird.

Wieder einmal siehe Herr Boiz im Mittelpunkt der Diskussion, der den Wahlkampf mit 200 prozentiger Demagogie führte, aber nach seiner Niederlage weder den Laft noch die Selbstüberwindung besaß, aus seinem Amt zu scheiden.

Gerade das Amt sollte er jetzt behalten, dessen Führung er seine Niederlage in erster Reihe zu verdanken hatte. Ohne die unbegrenzte Götterschaft des Zentrums wäre dieses Schauspiel nicht möglich. Was das Zentrum 1924 angeblich aus Zwang tat, weil die Wahlergebnisse es nötig machten, das suche es jetzt mit allen möglichen Mitteln freiwillig zustandzubringen. Jetzt sei es erwiesen, daß eine gemeinsame reaktionäre Bestimmung das Zentrum mit der Partei verbindet, die den heutigen Staat noch immer ablehne.

Keil schloß mit der Feststellung, daß man der Arbeiterschaft die Tür des Staates vor der Nase zuschlage. Die Regierung sei offensichtlich eine arbeitserfeindliche Regierung. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

Die Regierungsbildung in Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 19. Juni.

In der heutigen Sitzung des Schaumburg-Lippischen Landtags wurde die neue Regierung gebildet. Sie besteht aus zwei Sozialdemokraten, einem Volksparteilern und einem Demokraten. Die Regierungsmitglieder Kappmeier und Seiger (Soz.) wurden wiedergewählt; Fabrikdirektor Vogershausen-Stadthagen (D. Vp.) sowie Bankier Rinne-Bückeburg (Dem.) wurden neugewählt.

Die Lage in Oldenburg.

Oldenburg, 19. Juni.

Der Oldenburgische Landtag trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen. Es waren 46 Abgeordnete anwesend. Die Prüfung der Wahl ergab für das Zentrum einen weiteren Abgeordneten. Der Berichterstatter des Prüfungsausschusses gab bekannt, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Wahlvergehens in einigen südlichen Gebieten eingeleitet habe. Zum ersten Präsidenten wählte der Landtag mit 27 von 45 abgegebenen Stimmen den Abgeordneten Jimmertzmann (Soz.) Ministerpräsident Finsch gab dann die mit Spannung erwartete Regierungserklärung ab, die kurz besagt, daß die oldenburgische Regierung sich nicht veranlaßt sehe, auf Grund des Wahlausfalles zurückzutreten.

Fort mit Wilhelm, fort mit Westarp!

Lambach gegen Monarchie und den Grafen, für Programm- und Führerwechsel.

In der deutschnationalen „Politischen Wochenschrift“ vom 7. Juni wurde die Forderung erhoben, das Bekenntnis zur Staatsform innerhalb der Rechten freizugeben und neben Royalisten auch konservative Republikaner zuzulassen. Der Aufsatz wurde von der deutschnationalen Presse tatgeschiegen. In der darauffolgenden Nummer der Wochenschrift meldet sich nun der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Lambach, um die Forderung auf das Schärfste zu unterstreichen. Seine Ausführungen sind ein Lobesurteil für den Monarchismus. Sie können nur von einem Manne niedergeschrieben worden sein, der an die Lebensfähigkeit des Monarchismus nicht mehr glaubt. Er schreibt:

„Wäre nach dem Tode Eberis Jarres oder Marx oder Thälmann Reichspräsident geworden, so hätten wir auch heute noch in Deutschland eine lebendig flutende Bewegung zur Wiedererrichtung der Monarchie. Dadurch aber, daß der monarchistische Teil unseres Volkes Hindenburg zum Reichspräsidenten erkor, ist der Monarchismus zu Grabe getragen worden. Oder glaubt ein politisch Einseitiger, daß es bei uns über den eigentlichen Anhang des Abgeordneten Everling hinaus außerhalb Bayerns noch neuwertige Spuren eines aktiven, zirkulären Monarchismus gibt? In Ungarn ja, aber nicht in Deutschland.“

Der hinter dem Reichspräsidenten aufstrebende Schatten des Kaisers und Königs, der jeden anderen übertrug hätte, überzog einen Hindenburg nicht mehr. Im Gegenteil, Wilhelm II. verschwand hinter dem großen, frommen alten Herrn, der jetzt das Reich repräsentiert. Selbst, wenn die Erinnerung bis zu der Edelmannsgestalt Wilhelms I. zurückstieße, verkleinerte sich das Bild Hindenburgs nicht. — Einen Funktionär und Bloßhalter hatte man gewählt und einen Träger eigener Größe hatte man zum Reichspräsidenten bekommen.

Neben seiner Größe sank der Nimbus der lebenden Hohenzollern in sich zusammen. Wieviele Millionen treuer Monarchisten die Heirat des Kaisers und die Eheandale seiner Familienangehörigen zu verbissenen Republikanern gemacht haben, hat die seinerzeitige Abstimmung über das Vermögen der Fürsten und die letzte Reichstagswahl gezeigt.

Der Volksentscheid über die Fürstenermägen zeigte bereits eindeutig das Sterben des monarchistischen Gedankens, trotzdem erst so kurz vorher der Republik der Rand hat der Monarchisten als würdiger Repräsentant erstanden war.

Die jüngste Reichstagswahl hat ein weiteres Absinken der monarchistischen Stimmen gebracht. Der ganze Verlust der Deutschnationalen ist ein Verlust des Monarchismus. Gerade, weil sie von der Monarchie als Programmpunkt in der Politik nichts mehr wissen wollen, sind die Mittelständler und Bauern und Arbeiter zu anderen Parteien übergetreten.

Und die Jugend ist deshalb den Deutschnationalen ferngeblieben, weil sie in dieser bürgerlich gewordenen Welt der Arbeit und des Sports keinen Erbmonarchen schaffen helfen will. Für die noch 1905 Geborenen sind Kaiser und Könige keine heiligen und unantastbaren Größen mehr.

Die Jugend erlebt den Usurpator von Afghanistan als König. Er sollte man lieber nach Hause fahren, damit er nicht inzwischen

abgelehrt wird“, meint schon mein Zwölfjähriger. Könige und Kaiser sind für die jetzt heranwachsenden Wählergenerationen nicht mehr geheiligte verehrungswürdige Personen bzw. Institutionen. Sie sind für diese Jugend zu Film- und Bühnenausgelegenheiten geworden.

Aus dieser Diagnose der Gegenwart ergeben sich für den völkerverständlichen Menschen erste Schlußfolgerungen gegenüber den Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer aufbauenden Politik. Es bleibt von seinem Monarchismus nur der Regia häuferturm übrig, mehr nicht.

Wollen wir in der Deutschnationalen Volkspartei als der Sammelform auch der völkerverständlichen Kräfte nicht das Geburtsjahr 1905 eine unüberwindliche Grenze für das Hineinwachsen von Jugend werden lassen, dann muß unser Werberuf in Zukunft lauten können: Monarchisten und Republikaner treten in unsere Reihen. Aus unserer praktischen Neuinstellung zu den Fragen der Staatsform muß die programmatische Folgerung gezogen werden. Sie muß sogar in der Auswahl der neuen Fraktionsleitung ihren persönlichen Ausdruck finden.“

Die außergewöhnliche, jedes monarchistische Empfinden tief verletzende Schärfe, mit der Lambach den monarchistischen Gedanken zum alten Eisen wirft, wäre nicht denkbar, wenn Lambach nicht glaube, im Namen weiter Kreise der deutschnationalen Wählerschaft zu sprechen. Er ist einer der Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes.

Der Vorstoß kommt um so überraschender, als bisher nur bekannt war, daß der rechte Flügel der Deutschnationalen gegen die Parteileitung opponiert, gerade weil sie den monarchistischen Gedanken nicht genügend in den Vordergrund gestellt hatte. Lambach dreht den Spieß um. Nur in einem sind sich die Bang und Lambach einig: fort mit dem Grafen! Unter diesen Umständen wird es verständlich, wenn man nicht nur die Wahl des Fraktionsvorstandes bei den Deutschnationalen verlagert hat, sondern auch wenig mit einer „Klärung der Lage“ beschäftigt ist. Zwischen den Ansichten eines Lambach und denen eines Bang oder Everling gibt es keine Brücke mehr.

Kennzeichnend für die Lage ist die Verlegenheit, mit der die „Kreuzzeitung“ als offizielles Organ der Deutschnationalen über den öffentlichen Appell Lambachs hinwegzugleiten sucht. Sie begnügt sich mit einem Auszug, der die heftigsten Ausfälle unterdrückt, und mit einigen fendenahmen Gegenerklärungen, um mit dem Seufzer zu schließen:

„Ob es tatsächlich richtig war, die Frage jetzt überhaupt zur Diskussion zu stellen, möchten wir jüchlich bezweifeln. Die Deutschnationale Volkspartei hat Gegenwartsfragen, die weit dringlicher sind und um derenwillen es kaum verantwörtlich ist, an ihren über die Zeit hinausgehobenen Grundsätzen zu rühren.“

Das ist alles andere als ein manhaftes Bekenntnis zum monarchistischen Gedanken und steht weit eher danach aus, daß die Namen um Westarp ihre schwarzweißroten Fahnen und monarchistischen Traditionen nur dann aus der Mottenliste hervorholen, wenn sie einigen verstaubten Erzellenzen oder denen, die nicht alle werden, einen Besuch abstatten.

Das Programm der Christlichen.

Eine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Politik.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der christlichen Gewerkschaften, stellt für die künftige Regierungsbildung folgendes Programm auf:

1. Wirtschaftspolitik.

1. Stärkere Einflüsse des Staates und der Arbeitnehmer auf die monopolistischen Unternehmerorganisationen, Kartelle und Trusts (Errichtung eines Kartellamtes beim Reichswirtschaftsministerium und eines paritätischen Kontrollausschusses). 2. Verbot der Bindung des Einzelhandels durch Syndikate, Kartelle und durch „Markenschutzverbände“ hinsichtlich der Kleinhandelspreise. 3. Durchführung einer Zoll-, Ein- und Ausfuhrpolitik, die den stärkeren Anschlag Deutschlands an den Weltmarkt erleichtert. 4. Paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmervertreter in den öffentlich-rechtlichen Berufsländern. 5. Förderung und Schaffung von Einrichtungen, zoll. mit Hilfe von Reichsmitteln, für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse zwecks Ausschaltung unnötig verteuender Zwischenglieder. 6. Förderung aller Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft erforderlich sind. 7. Vorlage und Durchführung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

2. Sozialpolitik.

1. Ababändige Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes mit dem Ziel, die Durchführung des Achtstundentages und einen besseren Schutz der Jugendlichen und Arbeiterinnen zu sichern, ferner die Sonntagsruhe in Handel und Gewerbe zu verwirklichen und die Arbeitsaufsicht zu vereinheitlichen. 2. Stärkere Selbstverwaltung in der Sozialpolitik und paritätische Verwaltung in der Unfallversicherung. 3. Ausbau der Sozialversicherung, unter besonderer Berücksichtigung der Lage der älteren Arbeiter und Angehörigen. 4. Weiterer Ausbau des Betriebsrätigesetzes. 5. Einstellung des amtlichen Einigungs- und Schlichtungswesens auf die Notwendigkeit einer aktiven Lohnpolitik, insbesondere im Interesse der Förderung der Gesamtwirtschaft und Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer. 6. Einführung der Berechtigung zur eidlichen Vernehmung im amtlichen Schlichtungsverfahren, um die für die Lohnfestsetzung in Betracht kommenden Faktoren sicherer zu ermitteln. 7. Schaffung eines Tarifvertragsrechts. 8. Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes unter Berücksichtigung der von den Gewerkschaften hierzu geltend gemachten Forderungen. 9. Schaffung eines sozialen Hausangestelltenrechtes. 10. Soziale Befreiung des Bildungswesens, u. a. in der Richtung, daß auch den Begabten aus den minderbemittelten Kreisen der Aufstieg in andere Schichten mehr ermöglicht wird.

3. Wohnungspolitik.

1. Verstärkte Förderung des Wohnungsbaus. 2. Aufstellung eines Finanzierungsprogramms für längere Zeit, einschl. unter Zuhilfenahme von Auslandsanleihen. 3. Die Hauszinssteuer ist in größerer Ausmaße für den Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen. 4. Gegen Baustauwucher und Bodenpekulation sind besondere Maßnahmen zu treffen. 5. Senkung der Neubausmieten zwecks Angleichung an die Altbauwohnungen. 6. Schaffung eines Wohnheimstättengesetzes (Bodenreformgesetz), wobei neben Wohnheimstätten auch Wirtschaftsheimstätten stärker zu fördern sind. 7. Beschleunigte Vorbereitung eines sozialen Mietrechtes.

„Der Deutsche“, das Organ des Deutschen Gewerkschaftsbundes, unterzeichnet diese Forderungen mit der Begründung, daß trotz aller formalen Demokratie die tatsächliche Herrschaft des Kapitals über die in seinem Dienste stehenden Menschen wachse.

Pflichtgrenze in der Sozialversicherung.

Erhöhung dringend nötig.

Nach dem Angestelltenversicherungsgesetz legt der Reichsarbeitsminister die Jahresarbeitsverdienstgrenze für die Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung fest. Seit dem 1. Mai 1925 beträgt diese Grenze 6000 M.; sie ist nur um ein geringes höher als die Vorkriegsgrenze.

Die Folge dieser unzureichenden Regelung ist, daß in wachsendem Umfange der Kreis der Versicherungspflichtigen enger wird als in der Vorkriegszeit. Man schätzt die Zahl der auf diese Weise aus der Versicherungspflicht ausscheidenden Angestellten auf 5 bis 10 Proz. Darin liegt nicht nur eine Schädigung dieser Angestellten, die namentlich gezwungen sind, die hohen Beiträge allein zu tragen, wenn sie nicht die erwerblosen Recht verlierten wollen; es ergibt sich hieraus auch eine Schädigung der Pflichtversicherung.

Der sich freiwillig versichernde Angestellte wird, um die Kosten erträglicher zu machen, nur die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderlichen Beiträge zahlen. Im vorliegenden Falle werden das also in der Regel vier Beiträge im Jahre sein. Der Versicherung werden also günstige Risiken als volle Beitragszahler entgegen. Das erfolgt auf Kosten der Pflichtversicherung, also jener, die ein geringeres Einkommen haben, weil sie im Rentenfalls das gesamte Risiko decken müssen.

Ganz offensichtlich tritt das in der Angestelltenpensionskasse der Knappschaftsversicherung in die Erscheinung. Hier ist ein verhältnismäßig noch größerer Teil als in der Angestelltenversicherung aus der knappschaftlichen Versicherungspflicht für die auch die Grenze in der Angestelltenversicherung maßgebend ist, ausgeschieden, ein großer Teil steht noch vor dem Ausscheiden. Aus der Lastfrage ergibt sich, daß 27 Proz. der Versicherten in der höchsten Beitragsklasse sind.

Es läßt sich also gar nicht bestreiten, daß hier unhaltbare Zustände vorliegen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Aus diesem Grunde hatte bereits der vergangene Reichstag eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze gefordert. Vorher sollten die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gehört werden.

Die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium förderten für die Notwendigkeit dieser Maßnahmen durchschlagendes Material zutage. Die beste Lösung wäre zweifellos eine Befreiung der Jahresarbeitsverdienstgrenze, so daß jeder Angestellte pflichtversichert ist. Das steht jedoch einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen voraus. Deshalb kommt es im Augenblick darauf an, die Grenzen so hoch zu bemessen, daß die eintreffenden Schäden nicht eintreten können. Berücksichtigt man, daß in der Krankenversicherung der leistungsfähigen Angestellten die Grenze 8400 Mark beträgt, so dürfte für die Angestelltenversicherung eine Jahresarbeitsverdienstgrenze von 12000 M. angemessen sein. Es sei notwendig, daß der Reichsarbeitsminister, in Durchführung eines Beschlusses des alten Reichstags, von seinem gesetzlichen Recht unversäglich Gebrauch macht.

Bessere Beziehungen zu Rußland.

Die „Zawestija“ tritt für engere Beziehungen zum Deutschen Reich ein und hofft, daß das neue Kabinett, an dessen Spitze ein Sozialdemokrat steht, das Problem lösen wird.



Immerhin würde es gut sein, erst den Hund an die Leine zu nehmen!

Wiens blutiger Pressesumpf.

Die Ermordung des Redakteurs Wolf. — Das reaktionäre Scharfmacherblatt hatte den Revolverjournalisten geschützt und das Opfer verfolgt!

Ueber die Ermordung des Redakteurs Bruno Wolf in einer Verhandlung vor dem Bezirksgericht in Hiebing (XIII. Wiener Bezirk), die im „Abend“ bereits gemeldet wurde, erhalten wir aus Wien, die nachstehende Einzelheiten:

Im Februar 1926 hat ein Redakteur des „Neuen Wiener Journals“, Bruno Wolf, der gleichzeitig Betriebsrat der Redaktion war, in einem Prozeß festgestellt, daß der Redakteur Pöffel auch grobe Erpressungen begangen hatte. Er setzte durch, daß Pöffel entlassen werden mußte. Pöffel hatte nun geklagt und heute sollte endlich der Prozeß zu Ende geführt werden. Nun hatte Pöffel offenbar erfahren, daß eine Reihe von Zeugen heute erscheinen wollen, die erklären wollten, daß auch an ihnen der Pöffel die Erpressungen begangen hatte, und er hat in seiner Verzweiflung den Redakteur Wolf im Gerichtssaal erschossen.

Nun ist das Interessante, daß die Leitung des „Neuen Wiener Journals“ seit Wochen sich bemüht hatte, den heute ermordeten Redakteur Wolf zu zwingen, daß er die Beschuldigung der Erpressung gegen Pöffel widerrufe. Dieser hatte das stündig verweigert. Daraufhin wurde er geflüchtet, und als er sich darauf berief, daß er Betriebsrat ist, hatte die Leitung des „Neuen Wiener Journals“ ihn vor des Einigungsamt laden lassen, um dort die Kündigung durchzuführen. Das erzählte er heute vor Gericht, und gleich danach wurde er von Pöffel erschossen.

Ueber die Aussagen des Täters berichtet B.Z.:

Bei der polizeilichen Vernehmung erklärte der Mörder, er wisse nicht, warum er die Tat begangen habe. Er habe immer einen Revolver bei sich getragen, er habe die Absicht gehabt, sich selbst zu erschießen. Als der Richter den Beschluß verkündet habe, daß er sich die Entscheidung über die Verurteilung des Prozesses vorbehalten, habe diese Mitteilung Pöffel in wahnwitziger Erregung verkehrt, und er könne sich nicht erinnern, was mit ihm vorgegangen sei. Er könne jetzt nicht sagen, wie sehr Wolf ihn verurteilt habe. Pöffel erklärte weiter, er habe nicht die Absicht gehabt, Wolf zu töten, mindestens nicht in dem trübsüchtigen Augenblick, abgleich er zugab, bei der Polizei angegeben zu haben, daß er sich wiederholt mit der Frage beschäftigt habe, Wolf zu erschießen.

Bereits in den letzten Jahren mußte sich die Öffentlichkeit wiederholt mit schweren Skandalaffären in der Wiener Presse beschäftigen. In den Nachkriegsjahren war die bürgerliche Presse Österreichs zum Tummelplatz von Revolverjournalisten geworden, von denen einige, darunter die berühmten Bekessy und Alexander Weiß, enthüllt und vor Gericht gebracht wurden. Anstatt nun diesen Sumpf auszuraubern, hatte die christlich-sozialistische Regierung Seipel den Erpressern geradezu eine Prämie ausgestellt, indem sie sich politisch auf den früheren Halbbohoschewisten Weiß stützte, der ein Schmäheblatt ordinarster Art gegen die Sozialdemokratie herausgeben durfte, das beim letzten Wahlkampf Propaganda für die offizielle Einheitsliste machte!

Aber auch das „Neue Wiener Journal“, das durch die Enthüllung des Redakteurs Wolf unmittelbar vor seiner Ermordung schwer kompromittiert wurde, gehört zu den wichtigsten Stützen der christlich-sozialistischen Regierung. Sein Herausgeber Bippowich, einer von den vielen geflüchteten österreichischen Juden, die die journalistische und finanzielle Leibgarde des Prälaten Seipel bilden, hat seit einigen Jahren die ganze politische Kraft seines Sensationsblattes auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie und sogar auf die Wiederherstellung der Habsburg-Monarchie konzentriert. Das „Neue Wiener Journal“ stand in der vordersten Reihe der Blätter, die nach dem tragischen 15. Juli 1927 gegen die Wiener Arbeiterschaft scharf machten. Es paßt ganz zu dem Bild der christlich-sozialen Korruption, die übrigens durch die neuen Enthüllungen über die Riesenerlöse der amtlichen Postparlamente abgerundet wird, daß das „Neue Wiener Jour-

nal“ seine schützende Hand über einen Erpresser gehalten hat, der inzwischen zum Mörder wurde, und einen Mitarbeiter verfolgt hat, der seinen Kampf für die Sauberkeit der Presse mit dem Leben bezahlen mußte!

Der Wiener Postpartassenstandal.

110 Millionen Mark Verluste. — Die Arbeiterkammer für Haftbarmachung der Schuldigen.

Wien, 19. Juni. (Eigenbericht)

Im Kuratorium der Postpartasse wurde heute die Bilanz beraten. Dabei hat sich durch die eindringlichen Erhebungen des Beraters der Arbeiterkammer Hofrat Stern, der die ganzen Gebarungen prüfte, herausgestellt, daß das

Defizit der Postpartasse noch weit größer

ist als man glaubte. Im November v. J. hat die Regierung vom Parlament 53 Millionen Schilling (1 Schilling = 60 Pf.) für die Postpartasse verlangt. Dabei hat sie erklärt, daß die Verluste der Postpartasse 125 Millionen Schilling nicht übersteigen dürften. Jetzt stellte sich heraus, daß die Postpartasse auch die 53 Millionen Zuschuß des Bundes verbraucht hat, ohne daß der Verlust von 125 Millionen dadurch kleiner geworden wäre, so daß also der

gesamte Verlust der Postpartasse 178 Millionen Schilling, das sind etwa 110 Millionen Mark

beträgt. Hofrat Stern hat nun endlich in der Arbeiterkammer auf eine Anfrage des Vorstandes über diese neuerlichen Verluste bei der Postpartasse Bericht erstattet und dabei festgestellt, daß der gegenwärtige Vorstand sich in tadelloser Weise bemüht hat, Klarheit zu schaffen. Dagegen hat der frühere Vorstand, an dessen Spitze der gegenwärtige Präsident der Nationalbank Dr. Reich steht, in unglaublicher Sorglosigkeit und geschäftlicher Unwissenheit die Schäden verschuldet. Hofrat Stern hat im Kuratorium eine gerichtliche Heranziehung aller Schuldigen und ihrer Helfer zum Schadenersatz verlangt.

Verhaftet und freigelassen.

Ein früherer österreichischer Sozialdemokrat in Berlin.

Am letzten Sonntagabend wurde der frühere sozialdemokratische Landeshauptmann von Tirol, Dr. Gruener, auf Grund eines richterlichen Haftbefehls in seinem Berliner Hotel festgenommen und dem Gericht vorgeführt. Der am Sonntag amtierende Vernehmungsrichter hat ihn jedoch gegen eine Kaution von 3000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Verhaftung erfolgte wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung. Gruener hatte, wie sein Rechtsbeistand mitteilt, während der Inflationszeit in Berlin ein Grundstück gekauft und damals auf Drängen des Verkäufers die „formulärmäßige eidesstattliche Versicherung“ abgegeben, die den Kaufpreis wesentlich niedriger erscheinen ließ. Damit sollte, wie der Rechtsbeistand nach oder zynisch zugibt, der Staat um die Wertzuwachssteuer geprellt werden. Der Verkäufer, der angeblich die gleiche Erklärung abgab, hat nun Dr. Gruener bei der Staatsanwaltschaft denunziert und jenen Haftbefehl erwirkt.

Dieser Dr. Gruener war sozialdemokratischer Abgeordneter im Tiroler Landtag und als solcher zum stellvertretenden Landeshauptmann gewählt. Er ist jedoch schon vor längerer Zeit aus der sozialdemokratischen Partei Österreichs ausgeschlossen worden, weil sein politisches und persönliches Verhalten ihn weit von der strengen Linie unserer österreichischen Bruderpartei führte. Den Bürgerlichen im Tiroler Landtag gefiel er indessen so gut, daß sie ihn nachträglich von sich aus in den Bundesrat wählten. Das Mandat hat er indessen nicht ausgeübt. Grundstücksbesitzer in Berlin bestätigen uns, wie richtig es war, daß ihn die österreichischen Genossen aus ihren Reihen entfernten.

Bogler nicht des Mordes schuldig.

5 Jahre Gefängnis wegen Totschlag.

Nach vierstündiger Beratung verkündete Landgerichtsdirektor Friedmann folgendes Urteil in dem Totschlagsprozeß Wilhelm Bogler: Der Angeklagte wird wegen Totschlages unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu 5 Jahren Gefängnis und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Untersuchungshaft von 2½ Monaten wird ihm angerechnet.

In der kurzen Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Das Gericht hat es nicht für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte seine Frau von dem Balkon hinuntergeworfen hat; Frau Bogler hat vielmehr in ihrer Todesangst selbst den Versuch gemacht, hinunterzuspringen. Der Angeklagte ist zugegen gewesen; er hat nichts unternommen, um seine Frau zu retten. Seine Rechtspflicht sei aber gewesen, alles zu tun, um den tödlichen Sprung zu verhindern. Durch diese Unterlassung hat der Angeklagte gewissermaßen zum Ausdruck gebracht, daß er mit ihrer Absicht, sich vom Balkon hinunterzuwerfen, einverstanden war. Somit hat er sich des Totschlages schuldig gemacht. Das Gericht hat lange ermogelt, ob nicht eine Zuchthausstrafe am Platze sei, es hat aber sich für die Zuerkennung mildernder Umstände entschlossen; wegen der großen Gemeinheit und der außerordentlichen Rohheit des Verhaltens des Angeklagten konnte die Gefängnisstrafe nicht niedriger ausfallen.

Das Urteil des Landgerichts III bedeutet ein Kompromiß; es ist der Ausdruck der harten Kämpfe, die im Beratungszimmer im Laufe der vier Stunden vor sich gegangen sein müssen. Zwei Fragen standen zur Entscheidung: Hat der Angeklagte seine Frau hinuntergestoßen oder in irgendeiner anderen Weise zu ihrem Tode beigetragen, und falls ja, sind ihm mildernde Umstände zuzubilligen? Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Friedmann, hat während der Verhandlung seinen Zweifel darüber gelassen, daß er dem Hauptbelastungszeugen Bogler Glauben schenkte. Selbst die Befundungen der Spandauer Kriminalbeamten scheinen

diesen Standpunkt des Vorsitzenden nicht erschüttert zu haben. Die Aussagen dieser Zeugen waren aber für den Angeklagten im höchsten Maße entlastend. Sie gingen dahin, daß der Mann unter keinen Umständen die Frau vom Balkon hinuntergeworfen haben könne. Nichts hätte auf einen Kampf zwischen den beiden hingewiesen: die Blumenkörbe auf dem Geländer hatten in bester Ordnung dagestanden, die spitzen Holzstäbchen seien ungeknickt gewesen; weder der Körper der Frau noch der des Mannes habe Spuren von Verletzungen gezeigt, die unbedingt hätten vorhanden sein müssen, da beide nackt gewesen waren. Auch die Beleuchtungsverhältnisse seien derart gewesen, daß der Zeuge Bogler unmöglich das habe sehen können, was er gesehen zu haben vorgebe. Dieser Standpunkt der Kriminalpolizei wurde aber durch andere Zeugen nur verstärkt. Es ergab sich mit aller Gewißheit, daß niemand andere als die Frau Bogler selbst, nachdem ihr von unten zugerufen worden war: „Spring, spring“ zuerst das Dackelbrett hinuntergeworfen und dann, um sich vor dem Mann zu retten, nachgesprungen war. Noch all dem konnte das Gericht nicht mehr der Ansicht sein, daß Bogler seine Frau hinuntergestoßen hat, hatte er aber andererseits wissen können, daß seine Frau nun tatsächlich hinuntergesprungen würde? Darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Es mag sein, daß er ihr derartiges nicht zugehört hat. Es wird aber schwer sein, den Nachweis zu führen, daß er sich in diesem Falle einer strafbaren Unterlassung schuldig gemacht hat.

Und nun zur Strafe. Die Vernehmung der Schwiegermutter hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß vielleicht sie die eigentliche Schuldige an dem Unglück am 2. April war. Moralisch ist er für den Tod der Frau unter allen Umständen verantwortlich, und glücklich genug war dieser Tod. Der ganze Fall erscheint aber um so tragischer, als er den Abschluß eines Festes bildete, der dem Eintritt eines jungen Menschenalters ins praktische Leben galt — der blutige Abschluß einer Einsegnungsfeier.

Stemmarbeiten ausführte, abgestürzt ist und sich beim Aufschlagen auf dem Zementfußboden die tödliche Verletzung zugezogen hat.

Aus dem Fenster der im vierten Stockwerk des Hauses Kreuzigerstraße 2 in Nichtenberg gelegenen elterlichen Wohnung stürzte gestern abend die 15jährige Erna Nichtenstein auf den asphaltierten Hof hinab. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde das Mädchen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Empfang der Flieger in Bremen. Eine Ansprache des Bürgermeisters.

Am Dienstagmittag um 12¼ Uhr traf, wie bereits mitgeteilt, der Automobillzug mit den „Bremen“-Fliegern vor dem Rathaus in Bremen ein. Köhl, Frymaurice und v. Hünefeld wurden feierlich in die obere Rathaushalle geleitet, wo die offizielle Begrüßung durch Senat und Bürgerschaft, zu der sich zahlreiche namhafte Persönlichkeiten eingefunden hatten, vor sich ging.

Der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Donandt, hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Der Flug der „Bremen“ war die Probe auf ein sorgfältig durchdachtes Exempel. Darin liegt seine einzigartige Bedeutung. Durch die Erfahrungen, die bei diesem Fluge gesammelt wurden, ist für den weiteren Ausbau des Flugwesens die unentbehrliche Grundlage geschaffen worden, und gemäß ist die Zeit nicht mehr fern, in der ein sicherer Flugverkehr die Schranken von Raum und Zeit in ungeahnter Weise zurückdrängen und die Völker des Erdballs als Nachbarn zusammenrücken wird. Nur in friedlichem Wettbewerb der Völker kann die frühere Weltstellung Deutschlands errungen werden. Durch den Flug der „Bremen“ ist abermals dem Auslande vor Augen geführt, daß in dem bedrängten deutschen Volke trotz allem Kräfte lebendig sind, deren die Welt nicht entraten kann.

Bürgermeister Dr. Donandt überreichte dann jedem der drei Flieger die große Goldene Staatsmedaille. Alle drei Flieger dankten in kurzen Ansprachen für die Ehrung. Gefangnis- und Musikvortritte beschlossen die eindrucksvolle Feierlichkeit.

Berlin in Erwartung der Flieger.

In Tempelhof trifft man die letzten Vorbereitungen zum Empfang der Amerikafieger. Die Umrandung der für das Publikum bestimmten Plätze hat einen wirkungsvollen Flaggenschmuck in den Farben des Reiches, Englands und Amerikas erhalten. Ein verstärkter Kontrolldienst an den Eingangstoren soll für eine schnellere Abfertigung der Zuschauer Sorge tragen. Man hat auch aus den Erfahrungen des Fluges Chomberlins gelernt und reizige Parkplätze für die Kraftwagen geschaffen. Die Schutzpolizei wird starke Kräfte aufbieten, um die Abfahrt nach der Ankunft der Ozeanflieger so schnell und reibungslos wie möglich zu gestalten. Die Flieger werden nach ihrem Eintreffen nachmittags gegen 4 Uhr durch folgende Straßen fahren: Flughafen, Berliner Straße, Neu-Tempelhof, Belle-Alliance-Straße, auf der linken Seite des Kanals über Tempelhofer Meer, Köthener Brücke, dort auf das rechte Kanalufer übergehend zur Königin-Augusta-Straße, Kaiserin-Augusta-Straße, Friedrich-Wilhelm-Straße, Hofsäcker-Allee, Großer Stern, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor, Unter den Linden (Mittelpromenade), Wilhelmstraße, Reichskanzlei.

Der Zutritt zum Flughafen ist zu Eintrittspreisen von 50 Pf. bzw. 3 Mk. am Mittwoch von 10 Uhr vormittags ab gestattet. Die Leitung hat Vorkehr getroffen, um etwa sich entstellende größere Zuschauermengen so aufzunehmen, daß sie die Ankunft der Flieger beobachten können.

Die Behörden des Reiches, Preußens und der Stadt Berlin werden am 20. und 21. Juni fliegen. Uebrigens haben die drei Flieger in einer sympathisch berührenden Weise die Bitte an den Reichspräsidenten gerichtet, dahin zu wirken, daß die für die Ozeanflieger in verschiedenen deutschen Städten geplanten festlichen Empfänge in möglichst einfachen Grenzen gehalten werden und etwa hierfür zur Verfügung gestellte Geldmittel der Wohltätig-

Wieder ein Todesurteil.

Nur auf Grund von Indizien.

Am Dienstag nachmittag um 5 Uhr wurde im Nordprozeß gegen Brauer und Krüger in Reustreit folgendes Urteil verkündet:

„Der Angeklagte Brauer wird wegen vorsätzlichen und mit Ueberlegung ausgeführten Mordes zum Tode verurteilt, wegen schweren Betruges außerdem zu 3 Jahren Zuchthaus und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Angeklagte Krüger wird wegen Beihilfe zu insgesamt 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, außerdem zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 6 Jahre.“

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: „Das Gericht hält die Schuld des Brauer für erwiesen und weist auf die ganze Persönlichkeit des Angeklagten hin. Eine besondere Rolle spielten seine Versicherungsgesäfte. Außerdem ist das Verhalten des Angeklagten vor der Tat einwandfrei festgestellt, und auch am Tage der Tat selbst ist dem Angeklagten genau nachgewiesen, wo er sich aufgehalten hat. Der Angeklagte Krüger steht im Mittelpunkt der ganzen Sache. Er war in Geldschwierigkeiten, und aus der Versicherung Rhodess konnte er nur dann einen Nutzen ziehen, wenn Rhode möglichst bald aus dem Leben scheidet. Er hat daher ganz genau von dem Mord an Rhode gewußt und mußte deshalb bestraft werden.“ Gegen dieses Urteil

wird von den Verteidigern für die Angeklagten Revision eingelegt werden.

Abermals ist also ein Todesurteil lediglich auf Grund von Indizien gefällt worden, und das, trotzdem selbst Anhänger der Todesstrafe gegen eine Verurteilung zum Tode nur auf Grund von Indizien sind. Das Gericht hält die Schuld für erwiesen, aber das Gericht kann nicht sagen: die Schuld ist erwiesen.

Rätselhafter Tod eines Siebzehnjährigen. Auf der Arbeitsstelle tot aufgefunden.

Der rätselhafte Tod eines siebzehnjährigen Maurergehilfen beschäftigt zurzeit die Kriminalpolizei. Auf seiner Arbeitsstelle bei der „Bemog“ in der Mauerstraße 80 wurde gestern gegen 15 Uhr der 17jährige Maurergehilfe Alfred Steller, Hindenburgdamm 56, regungslos aufgefunden. Ein benachbarter Arzt wurde zur Hilfe gerufen, der jedoch nur noch den Tod feststellen konnte.

Aus einer kleinen Wunde sickerte noch Blut hervor. Da die Todesursache nicht einwandfrei ermittelt werden konnte, wurde die Leiche beschlagnahmt und zur Obduktion in das Schauhaus gebracht.

Die erste Vermutung, daß der junge Mensch mit der Starkstromleitung in Berührung gekommen sein könnte, trifft nicht zu, da der Körper keinerlei Verbrennungsmarkmal aufwies. Es besteht die Möglichkeit, daß Steller, der in etwa einem Meter Höhe

Herrn gebissen hatte, die nun verbunden in der Schlinge hing. Früher war es ihm passiert, daß Strafen aufgeschoben worden waren, und er fürchtete, es könnte auch jetzt geschehen. Konnte es auch anders sein? Er hatte einen Frenkel begangen, als er die Zähne in das geheiligte Fleisch eines Menschen, und noch dazu eines Weissen, versenkt hatte, und es stand ihm also Furchtbares bevor.

Der Mann setzte sich einige Fuß weit von ihm entfernt nieder. Das sah allerdings nicht gefährlich aus. Wenn die Menschen strafen, so standen sie aufrecht, auch hatte dieser weder Stock, noch Peitsche, noch ein Gewehr. Er selber aber war frei; keine Kette, keine Fessel hinderte ihn. Er konnte sich in Sicherheit bringen, ehe der andere sich auf die Füße stellte. Mithin wollte er abwarten und zusehen. Als Scott ruhig darauf und keine Bewegung machte, verwandelte sich Wolfsbluts Knurren langsam in Grollen, das tief unten aus der Kehle heraufklang. Dann fing der Mann an zu sprechen und beim ersten Ton der Stimme schoß das Grollen im Halbe empor und das Haar auf Wolfsbluts Nacken richtete sich auf. So grollte Wolfsblut eine Zeitlang im Takt mit der Stimme des Mannes. Aber dieser redete ohne Aufhören und so, wie noch nie jemand zu Wolfsblut gesprochen hatte. Es klang sanft und so freundlich, daß Wolfsblut davon irgendwo in seinem Innern angenehm berührt wurde. Unwillkürlich fing er an, trotz der scharfen Warnungen des Instinkts zu diesem Menschen Vertrauen zu fassen. Er hatte ein Gefühl der Sicherheit, das die Erfahrungen, die er bisher mit den Menschen gemacht hatte, üben strafen mußten.

Das währte eine lange Weile, dann stand Scott auf und ging ins Haus hinein. Als er heraustrat, betrachtete Wolfsblut ihn scharf und prüfend. Er hatte weder Peitsche, noch Stock, noch irgendeine Waffe bei sich. Auch war die gesunde Hand nicht auf dem Rücken versteckt. Er setzte sich auf denselben Fleck, nur wenige Schritte von Wolfsblut entfernt, nieder und hielt ihm ein Stückchen Fleisch hin. Wolfsblut spitzte die Ohren und besah es misstrauisch, indem er Scott nicht aus den Augen ließ. Er war auf einen Angriff gefaßt, denn sein ganzer Körper war gespannt und auf das erste Zeichen einer Feindseligkeit sprungbereit. Doch die Züchtigung kam immer noch nicht. Scott hielt ihm immer nur das Stück Fleisch vor die Nase, an dem nichts Unrechtes zu sein schien. Dennoch blieb Wolfsblut argwöhnisch, abgleich ihm das Fleisch mit einladender Handbewegung dargeboten wurde. Die Menschen waren so schlau, man konnte nie wissen, was hinter solch einem harmlosen Stückchen Fleisch lauerte! Er dachte an frühere Erfahrungen, besonders mit Indianerinnen, wobei ein

Stückchen Fleisch und eine Züchtigung in merkwürdig nahem Zusammenhang gestanden hatten.

Endlich warf Scott das Fleisch dicht vor Wolfsbluts Füße auf den Schnee hin. Wolfsblut berock es sorgfältig, ohne ein Auge von dem Mann zu wenden. Da ihm nichts passierte, verschlang er den Bissen. Wieder geschah nichts, als daß noch ein Stück Fleisch ihm hingehalten wurde, und da er sich wieder weigerte, es zu nehmen, wurde es abermals hingeworfen. Das wiederholte sich mehrere Male. Endlich aber kam der Augenblick, wo Scott sich weigerte, ihm das Fleisch hinzuworfen, und es ihm in der Hand hinstellte. Das Fleisch schmeckte gut, und Wolfsblut war hungrig. Schritt für Schritt mit unendlicher Vorsicht näherte er sich der Hand. Zuletzt mußte er sich dazu entschließen, das Fleisch zu nehmen, aber er ließ den Mann nicht aus den Augen und streckte den Kopf mit zurückgelegten Ohren und gestäubtem Nackenhaar vor, während ein leises Grollen als Warnung aus seiner Kehle emporsieg. Er verzehrte das Fleisch, ein Stück nach dem andern, ohne daß eine Züchtigung kam. Dann leckte er sich das Maul und wartete, während Scott zu ihm redete. Die Stimme war gütig, es lag etwas darin, wovon Wolfsblut noch keine Erfahrung gehabt hatte, und sie erweckte in ihm Empfindungen, die er noch nicht gekannt hatte. Es überkam ihn eine seltsame Zufriedenheit, es war, als ob ein Mangel in seinem Innern befriedigt, eine Leere in ihm ausgefüllt würde. Dann wurde jedoch die Stimme des Instinkts in ihm laut und erinnerte ihn an frühere Erfahrungen. Die Menschen waren so klug! Sie erreichten auf so überraschende Weise ihren Zweck!

Aha! Da war es, was er gefürchtet hatte! Da streckte sich die Hand, die so listig Schmerzen austeilen konnte, aus und senkte sich auf seinen Kopf herab. Dabei redete aber der Mann immer noch weiter, und die Stimme klang sanft und vertrauenerweckend. Gefühle widerstreitender Art bemächtigten sich Wolfsbluts; einerseits beruhigte die Stimme trotz der drohenden erhobenen Hand, andererseits löste die Hand Mißtrauen ein trotz der sanften Stimme. So furchtbar war der Streit der in ihm tobenden Empfindungen, die um die Oberherrschafft rangen, daß ihm zumute war, als müßte er in Stücke gehen. Am Ende wählte er den Mittelweg: er knurrte, er sträubte das Haar, er legte die Ohren zurück, aber er biß nicht und sprang auch nicht fort. Die Hand kam immer näher, jetzt berührte sie die Spitzen der zu Berge stehenden Haare. Er duckte sich, aber die Hand folgte ihm und presste sich dicht an ihn. Behend, fast schauernd, bezwang er sich. Die Berührung war ihm eine Qual, denn sie tat seinem Instinkt Gewalt an. (Fortsetzung folgt)

Jack London: Wolfsblut.

„Sie haben doch selber gesagt, wir müßten ihm Zeit lassen, und das müssen wir tun. Wir haben doch erst einen Anfang gemacht und können nicht gleich die Geduld verlieren. Auch hatte ich es diesmal verdient, und — aber sehen Sie doch nur das an!“

Wolfsblut stand dicht an der Ecke des Blockhauses, in einer Entfernung von etwa vierzig Fuß, und knurrte fürchterlich, doch nicht gegen Scott, sondern gegen den Hundetreiber gemeldet.

„Na, da hol' einen doch gleich der Henker!“ rief dieser erstaunt aus.

„Sehen Sie nur, wie klug er ist,“ versetzte Scott höflich. „Er kennt die Feuerwaffen ebenso gut wie Sie und ich. Er hat Verstand, und wir müssen ihm Zeit lassen. Stellen Sie einmal die Flinte weg.“

„Na schön, das will ich,“ sagte Matt bereitwillig, indem er die Büchse an einen Holzstoß lehnte.

„Aber sehen Sie sich das nur an!“ rief er im nächsten Augenblick aus, denn Wolfsblut hatte sich beruhigt und knurrte nicht mehr. „Dies ist der Mühe wert, näher untersuchen zu werden. Lassen Sie einmal auf.“ Er griff nach der Büchse, und im selben Augenblick zeigte Wolfsblut die Zähne. Dann trat er von ihr zurück, und sogleich senkten sich die Lippen und die Zähne verschwanden. „Neht, bloß zum Spaß.“

Matt ergriff die Büchse und hob sie langsam zur Schulter empor. Sogleich begann Wolfsblut zu knurren und immer lauter, je länger das Manöver dauerte. Allein kurz bevor die Büchse schußbereit war, sprang er zur Seite und verschwand hinter der vorpringenden Ecke des Blockhauses. Matt starrte auf den Schnee, wo Wolfsblut stehen gestanden hatte. Dann stellte er feierlich die Büchse weg und bläute seinen Brotberrn an.

„Ach hin Ihrer Meinung, Herr Scott. Der Hund ist viel zu klug, um tatgemacht zu werden.“

6. Der Gebieter.

Wolfsbluts Haar sträubte sich, als er sah, daß Beedon Scott sich ihm näherte, und er knurrte, um anzukündigen, daß er sich keiner Strafe gutwillig unterwerfen wolle. Vierundzwanzig Stunden waren vergangen, seitdem er die Hand des

Unter den vielen Kräften

die zur Mischung einer einzigen Cigarette der Reemtsma A. G. auf-
geboten werden, spielen die Vertreter vieler Völker und Rassen ei-
ne grosse Rolle. Es ist sicher nicht uninteressant für den Raucher,
eine Auswahl von Menschentypen kennen zu lernen, die alle



*ihren Arbeitsteil dazu beitragen, um den Qualitätsrauchern aller
Länder den Genuss der in Kennerkreisen weit bekannten*

**REEMTSMA
CIGARETTEN**

O V A

im
Araberformat

für 5 Pf. zu beschaffen.

Die Verbrecherjagd.

Von Trude E. Schulz.

(Schluß.)

Karl bemerkte nun erst, wie dürftig das Mädchen angezogen war. Die Situation fing an, ihm peinlich zu werden. Fünf Mark waren keine Summe, die die Familie Warnke leicht entbehren konnte. Aber die hübsche Weinende erweckte Karis Mitleid. Natürlich war sie ebenso mit dem Gelde hereingefallen, wie es seine Frau wäre, wenn nicht er den Braten gerochen hätte. Die Umstände, unter denen seine Entdeckung stattgefunden hatte, waren von seiner Erinnerung bereits einer leichten Korrektur unterzogen worden.

Das Mädchen vor ihm weinte mit immer heftigerem Schluchzen. Menschen sammelten sich an. Während Karl noch überlegte, ob er nicht doch auf das Geld verzichten sollte, trat ein Herr hinzu, lästete den Hut und mit einem bösen Blick auf Karl fragte er das Mädchen, was ihm sei. Jetzt sprachen Karl und die Schöne gleichzeitig, sie noch immer von Tränenströmen unterbrochen, er schon wieder erregt, weil er merkte, daß die Umstehenden gegen ihn Partei nahmen.

Es war erstaunlich, wie rasch der Herr trotz des Durcheinanders die Situation erfaßte. „Machen Sie wegen einer Lappalie nicht solch Aufheben“, sagte er barsch zu Karl. „Hier“ — er zog seine Brieftasche, entnahm ihr einen Fünfmarschein und reichte ihn dem Verlegenen. Dann strich er der noch immer Weinenden über das Haar. „Beruhigen Sie sich, mein Kind, nun ist ja alles gut.“ In seiner Stimme schwang mildeste Güte. „Kommen Sie, gehen Sie nach Hause, arme Kleine.“

Die Zuschauermenge war inzwischen gewachsen. Empörte Worte wandten sich gegen Karl. Er sah, wie der Herr und das Mädchen in eine Straßenbahn einstiegen. Von dem Wunsch getrieben, der erregten Menschenmenge zu entfliehen, folgte er ihnen rasch. Da er aber begreiflicherweise nicht das geringste Verlangen hatte, von den beiden weiter bemerkt zu werden, so blieb er auf der Plattform stehen und drückte sich hier möglichst unauffällig in eine Ecke.

Nach zwei Stationen wollte er wieder absteigen. Fünf Mark wiederzubekommen — das war schließlich zwanzig Pfennige wert gewesen. Plötzlich, kurz vor der Haltestelle, kamen keine beiden Bekannten heraus. Der Herr blinzelte sich wie suchend um und sah dabei Karl gerade ins Gesicht. Der wollte den Kopf vorlegen wegdrehen; da hörte er den Ruf: „Los“ und sah mit Erstaunen, wie der edle Helfer und das unglückliche Mädchen rasch nacheinander von der noch in voller Fahrt befindlichen Bahn absprangen.

Das hatte Karl nicht erwartet. Er kam sich in diesem Augenblick furchtbar blamiert vor. Mit dem Mut der Verzweiflung folgte er den Flüchtigen, landete ohne empfindlichen Schaden auf dem Erdboden und erwachte die beiden gerade, als sie in einer Autodroschke davonfahren wollten. Er schwang sich aufs Trittbrett, rief dem Chauffeur zu: „Sehr rasch fahren! Diebe! Polizei!“ und der Wagen raste davon.

Erst nun kam es Karl zum Bewußtsein, daß er sich den beiden Verbrechern gegenüber in einer ziemlich gefährlichen Situation befand. Sein Herz hämmerte vor wohlführender Angst; aber es gab ihm Augenblick für ihn keine Möglichkeit, sich in Sicherheit zu bringen. So ließ er die Fenster auf beiden Seiten des Wagens herunter, streifte seinen Mäntel ab, damit der ihm nicht etwa bei einer Wucht löstig würde, und nahm sprunghaft auf dem Rücksitz Platz.

Doch die beiden Gauner machten ihm keine Schwierigkeiten. Das Mädchen sah stumm und verschüchtert in einer Ecke der Polster, während der Herr zornig auf Karl einredete, was ihm einfallende, friedliche Leute so zu belästigen. Das sei Freiheitsberaubung und er würde diesen Streich teuer bezahlen müssen.

Karl erfuhr bald, daß der Fremde mit dem „teuer bezahlen müssen“ die Wahrheit gesprochen hatte. Als das Auto hielt, befahl Karl dem Chauffeur, sich rasch des Mädchens zu bemächtigen, während er den Mann zur Wache bringen wollte. Ohne sonderlichen Widerstand ließen sich die beiden führen.

Doch nachdem man etwa zwei Schritte auf der Straße gemacht hatte, bekamen plötzlich Karl und der Chauffeur je einen Stoß, der beste Bogentechnik verriet, und während sich die Ueberrumpelten einigermassen schütten, suchten ihre Arrasanten das Weite.

Karl wollte ihnen mit dem Ruf „Halte die Diebe!“ nach. Aber er hatte die Rechnung ohne den Chauffeur gemacht, der ihn schleunigst packte und erst seine Fahrt bezahlt haben wollte. Alles Sträuben half nichts. Karl mußte nach seinem Portemonnaie greifen. Mit einem müden Aufschrei stellte er fest, daß es verschwunden war. Der Chauffeur forderte sein Geld. Aber auch Karis Brieftasche und sogar seine Uhr waren fort. Jetzt untersuchte der Chauffeur erregt seine eigenen Taschen: auch die waren ausgeleert.

Sein ganzer Zorn eskalierte auf Karl. Dem Beamten gegenüber, der sie vernahm, machte er aus seinem Verdacht, daß Karl mit den Gaunern unter einer Decke stehe und seine eigenen Verluste nur vortäusche, kein Hehl. Karl schämte vor Wut. Doch da seine Ausweispapiere mit verschwunden waren, mußte er es sich gefallen lassen, vorsätzlich von der Polizei festgehalten zu werden. In welchem Maße sich das Schicksal gegen ihn entschieden hatte, erfuhr er dabei gar nicht.

Denn als der Chauffeur zu seinem Wagen zurückkehrte, sah er noch einmal im Innern nach, ob die Gauner irgend eine Spur zurückgelassen hätten. Da fand er unter einer Bank Karis Mäntel und darin — drei geleerte Brieftaschen. Er brachte seinen Fund der Polizei, die ihn als schweres Verdachtsmoment gegen Karl zu den Akten legte.

Man war nun bereits fest überzeugt, daß sämtliche Angaben des Häftlings falsch waren, und ließ sich daher mit ihrer Nachprüfung Zeit. Die beiden einflussreichen Gauner, die er schilderte — der Chauffeur erinnerte sich nur ganz flüchtig an sie — mußten ihrer Zeit nach gewichtige Gewohnheitsverbrecher sein. So, wie Karl sie beschrieb, waren sie aber der Polizei durchaus unbekannt.

Dabei erinnerte sich Karl begreiflicherweise sehr genau an die Schöne. In ihrem Helfer freilich hatte er kein besonderes Wertmaß beobachtet: braunes Haar, brünettes Gesicht, dunkelgrauer Anzug war alles, was er von dessen Aussehen wußte.

In der Einsamkeit der Zelle hätte Karl über die Tüde seines Geschickes philosophieren können. Doch er statt dessen darüber lebte, verbesserte seine Lage keinesfalls. Denn der aussichtslosere Beamte war überzeugt, daß Karl wie viele schwere Jungen den Triad anwandte, hinter Gittern den „wilden Mann“ zu spielen. Nachdem er ihn einige Male zur Ruhe gewiesen hatte, kümmerte er sich nicht weiter um ihn.

So hatte Karl es sich in gewissem Sinne selber zuzuschreiben.

Seine Maschine.

Von Herrn Claudius.

Wir hatten von Hamburg elbauf — fünf Oberländer Rähne an den Troffen — hart gegen den Strom Als nun der schweißgeachtete Maschinist des Express-Schleppers „Goliath“ bei Tangermünde von Bord ging

— sein Weib stand mit dem Kind auf dem Arm schon lang am hohen Ufer und winkte — streichelte — schien mir's — der brummbürtige Nerl, den ich auf der ganzen Fahrt kaum zu Gesicht bekommen, mit seiner großen fleischigen Linken im Fortgehn den blankgeputzten Rand des riesigen Kessels, der dampffaugend untätig dalag, wie man beim Fortgehn ein liebes Kind streichelt.

Selben Abends in der dämmrigen Stube am holprig gepflasterten Altmarkt — eben dröhnte vom nahen Turme die achte Abendstunde mit tragem Schlag — sagte ich

(es war beim dritten oder vierten Strog den wir nach Wasserantenbrauch auf gute Weiterfahrt frankten, (er schlumpfte kräftig auf alle Schiffahrt und seine Reederel insbesondere)

„Meister“, sagt' ich, „ich sag' es euch grad' auf den Kopf zu, ihr habt eure Schiffsmaschine so lieb wie euer eigenes Kind.“

Das eine streichelt ihr beim Abschied über den Blondkopf, das andre — — —

Räusperte sich — mich unterbrechend — der brummbürtige Maschinist vom wackern Oberelbe-Expressdampfer „Goliath“,

sah mir grad' ins Gesicht, sog einen dicken Dampf — ehrlichen Barinaslanaster — aus seiner torten Piep,

stieß hart sein Glas an das meine und knurrte: „Minsch, holl dat Mul, dat versteihst du nich —“

sprach's, stand auf

und ging mit langsamen Schritten aus der Stube hinaus. Ungelenk hielt er die großen fleischigen Hände im Rücken, als wisse er nicht, wohin damit.

wenn er eine Erleuchtung, die ihm plötzlich kam, lange Zeit nur den Wänden seiner Zelle anvertrauen konnte. Erst als er begann, merklich ruhiger zu werden, fanden seine Mitteilungen zweedmähigere Härte.

Hatte ihn nicht das verlegene Erröten des Mädchens zuerst zu dessen Gunsten eingenommen, jene zarte Blutwelle, die vom Hals her in immer dunkleren Tönen ihr Gesicht überlutele? Diese natürliche Begabung würde die Gaunerin sich doch sicher schon bei früheren Diebereien zu nütze gemacht haben. Außerdem entsann sich Karl deutlich der Situation auf der Straßenbahn. Die beiden hatten offensichtlich erst an der Haltestelle absteigen wollen und waren nur durch sein unerwartetes Erscheinen zum Abspringen veranlaßt worden. Da das Mädchen ohne Zögern auf das Kommando „Los“ reagierte hatte, schien es naheliegend, den Ruf für ein verobredetes Stichwort zu halten.

Karis Annahmen erwiesen sich als richtig. Die „rote Marie“, wegen ihrer Fähigkeit, nach Belieben zu erröten, wie wegen ihrer natürlichen Haarfarbe so genannt, und ihr Partner, der „Kavalliersfranz“ waren bei der Polizei gut bekannt und zwar nicht zuletzt dafür, daß sie sich sehr selten dingfest machen ließen.

Wiel Hoffnung darauf, daß er sein Eigentum zurückbekommen würde, konnte man Karl also nicht mit auf den Weg geben, als man ihn am Abend zu seiner Frau heimführte.

Karl ertrug den für ihn recht beträchtlichen Verlust mit Fassung. Die Berichte in den Zeitungen, vor allem der, in dem so ausführlich von „Herrn Kunstmalers Warnke“ und seinen Fähigkeiten die Rede war, schienen ihm sogar mit seiner ganzen Barschaft und der Uhr nicht zu teuer bezahlt. Frau Warnke dachte begreiflicherweise über den Fall etwas anders. Aber da sie eben ein sehr gutes Eheweib war, logte sie es nie.

Das Schiff brennt.

Von Walter O. Dschlewski.

Der Schraubendampfer „King Edward“, den vier Hamburger Salzungen, ein vierstündiger Bengel aus Schleswig, ein pocken-narbiger Schotte, zwei Nigger aus dem Süden, und, um nicht den Häuptling des Unternehmens zu vergessen, ein langrober, an Heren-schweif leuchtender Kapitän nach Kalluta bringen wollten, hatte nun endlich, und das war vorauszu sehen, im Arabischen Meer, etwa auf dem 23. Breitengrad, schlappgemacht. Die Kiste, die man in Liverpool mit Wasserrohrarmaturen und Werkzeugen für Britisch-Indien so vollgepackt hatte, daß ihr vorausgesehenemassen die Luft ausbleiben mußte, würde ich nicht geschenkt bekommen wollen; sie war dreidig, löcherig, brustkrant, sieh, stand wie die Pest nach Petroleum, verfaulten Hirse und Schuhcreme und war wirklich wert, auf Abbruch verkauft zu werden. Die edlen Organe waren ihr schon seit Jahren verrotten, die Maschine klapperte wie ein abgetakelter Droschkengaul, nur der Schornstein stand noch einigermaßen lehrrecht, aber die Agenten der Seeverversicherungs-gesellschaft „Liberty“, die in selbstmörderischer Tapferkeit für den Kasten aufgaben, hatten sich schon einen Satz bestellt lassen. „Wenn euch ein Wolfisch anstößt, brechen euch die Rippen. Solua sollte nicht ganz unredt haben.“

Passant, an der bedürftigsten Kiste, wo wir noch etwas Trinkwasser und Gefäßel ausgenommen hatten, lag hinter uns. An einem verfluchten Delfonntag, der uns das bishen Feil, das wir uns bei den Frauen dabei angelehnt hatten, wieder aus der Haut aneschte, so um die lebende Abendstunde herum, brach plötzlich die Maschine auseinander, der Kessel bekam einen Knarr, die beiden Nigger, die Maschinendiens hatten, fielen durch die Bretter bis auf den Kommandopost, und „King Edward“ legte sich, schön lang und dreidig wie er war, malefätlich auf die Seite. Zupp, unser Bengel, rutschte hochbordwärts und heulte wie ein Hund auf. Donnerlied! Das Feuer schoß schon aus den Lutern, brach durch die Spalten

und leckte das Deck ab; blitzschnell und alles in wenigen Minuten. Der Kapitän raste und humpelte uns durch die Reine. Beim auch die Maschine futsch war, konnten wir vielleicht das Feuer zurück-treiben und dann etwas Segel ziehen, um uns bis nach dem portu-giesischen Du durchzuschlingern.

Der alte Solua sprang dem dunkelhäutigen Maschinisten, der wie ein Bluffloch achtern lag, zu Hilfe und wusch ihm die Haut ab. Samuel war übel zugerichtet. Armer Junge.

Wir spritzten indessen, was die Pumpe, die das Salzwasser heraufholte, ausgeben konnte. Es schien, als ob das Zeug mit-brennen wollte. Der Qualm beizte uns die Augen wund, daß wir blind zu werden glaubten. Da lag nun die Bescherung, altes Übel; der Wind hob immer stärker das Feuer auf. Wir gingen tiefer hinab.

Da half nun nichts mehr, als die beiden Boote klar zu machen und den Kasten brennen zu lassen. Die Seeverversicherungs-gesellschaft „Liberty“ wird meckern wollen, schließlich können wir doch nicht in die Luft gehen; wir wollen uns aber nicht nachfragen lassen, wir hätten nicht um ein standesgemäßes Begräbnis Sorge gehabt.

Es war mittlerweile Abend geworden, und eine Nacht zog herauf, die mit Sternen besetzt war, die alle nicht leuchteten, daß uns doch etwas unangenehm auf der Junge wurde, in die dunkle Ungewissheit auf einer schwankenden Ruhlschale hinauszufahren. Siderer ist doch dann ein alter 1866er Schraubendampfer, 10 Meter breit, 77 Meter lang, mit acht Mann Besatzung und einem Kapitän, der auf den Namen „Strumpeter“ hörte. Nun lag er da vor uns, unser „King Edward“, eine schöne, vom Feuer gereinigte aristokratische Leiche.

Schwarze, vom Brand geränderte Wolken trieben über uns. Vom Osten wanderten sie herauf und hingen wie Säcke über der asiatischen Seemüste. Der Wind galoppierte und schlug darauf los, was die Natur hergeben wollte, daß der „King Edward“ zischend und knallend, prasselnd seinem Ende entgegenging; eine herrliche trommelnde Todesmüll der Elemente.

Der Kapitän heulte. Man konnte es ihm nicht verargen, denn wenn man sechsundzwanzig Jahre ein und denselben Kasten fährt, ist so etwas ganz in der Ordnung. Er hat seinen Frühling, Sommer und Herbst gehabt und ist nicht schöner davon geworden. Aber man ist wie an die Planken genagelt, er ist einem wie die Erde, die man liebt und nicht für Schnaps, Varieté, Geld und Frauen hergeben möchte.

Es war ein graulich schönes Schauspiel, das Schiff sterben zu sehen. Wir würden sogar vergnügt gewesen sein, wenn uns nicht sein Untergang ins Herz kullt und wir nicht die Gemeinde der trauernden und obdachlosen Hinterliebenden sein mußten.

Ja, noch einmal hinschauen; das war unsere Heimat für Monate, das war unsere Handvoll Erde, die wir oft verwünschten, und die uns doch nicht losließ, weil wir zu ihr gehörten, für Monate, für Jahre, für unsere kleine Ewigkeit.

Erst brach der Schornstein, dann verhoff das Achterdeck, und die Flut fraß sich ins Feuer.

Nun los, in die Riemen, damit wir vielleicht am morgigen Mittag, so Gott es will, Du oder Damão bekamen.

Am Horizont schwamm eine Feuerwand durch die späte Nacht. Rauch, der uns die Augen trännte. Der Himmel brach auf, und eine weiße Wolke legte sich über die Grabstatt wie ein Totenhemd. Fernab trieben die sterblichen Reste unserer Heimat.

„Den Rest fressen die Fische“, fluchte Solua.

Der längste Tag in Europa. Die Länge des Tages hängt natürlich von der Lage des Landes ab. In Deutschland ist der längste Tag der 21. Juni, an dem die Sonne um 3.50 Uhr aufgeht und um 20.13 Uhr untergeht, also 16,19 Stunden dauert; in Frankreich der 20. Juni, an dem die Sonne um 3.52 Uhr aufgeht und um 19.56 Uhr untergeht (16,4 Stunden). In England hat der längste Tag 16,30 Stunden, in Leningrad 19, in Tornin (Finnland) hat der 21. Juni 22 Stunden. Im nördlichen Norwegen dauert ein einziger Tag von 21. Mai bis zum 22. Juni. Auf Spitzbergen dauert die Tageshelle sogar 3 1/2 Monate.

Fließarbeit und Laufband.

Konjunktur und Lohnkämpfe im Maschinenbau. Steigende Arbeitsleistungen.

Die deutsche Maschinenindustrie gehört bei einer Produktion von 3,4 Milliarden Mark im letzten Jahr mit zu den wichtigsten Industriegruppen Deutschlands. Als Arbeitgeber für mehr als 600 000 Mann Belegschaften, als größter Eisen- und Metallverbraucher und als Hauptausfuhrindustrie ist sie für die Volkswirtschaft von größter Bedeutung.

Die rückwärtsgewandte Frontstellung.

Die der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten auf seiner letzten Jahrestagung im Mai 1927 mit der Forderung „Nur niedrige Löhne führen zum Wiederaufbau“ einnahm, haben die einzelnen Verbandgruppen bis zum heutigen Tage getreulich eingehalten. So kam es, daß im Rahmen der vielen Arbeitskonflikte mit dem Herbst vergangenen Jahres die erbittertesten und hartnäckigsten Lohnkämpfe in der Maschinenindustrie ausgefochten wurden. Sie haben in Berlin, Sachsen und Hannover ihre Spuren hinterlassen.

In ihrer Polemik gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft weist die Maschinenindustrie immer wieder auf ihre ungenügende Rentabilität hin. So veröffentlichte auch vor einigen Monaten die Zeitschrift „Der Maschinenbau“ eine Bilanzstatistik für 110 Maschinenfabriken, deren Ergebnisse in der Tat unglücklich schienen. Aber diese Statistik kann auf die heutigen Verhältnisse nicht angewandt werden, da die Abschüsse von 1927 in ihr so gut wie gar nicht berücksichtigt waren. Dazu kommt, daß die Maschinenindustrie ihre Gewinne der letzten beiden Jahre zum großen Teil für die Umstellung der Betriebe verwandte, so daß keine oder eine geringe Dividende noch nicht beweist, daß die Industrie nicht rentabel ist.

Ein typisches Beispiel für Selbstfinanzierung war die 20 Millionen starke Maschinenfabrik Augsburg-Münchberg. Dieses Werk erzielte einen Reingewinn von 1,6 Millionen Mark, der die Zahlung einer sprunghaftigen Dividende zugelassen hätte. Obwohl die Gesellschaft über einen Auftragsbestand von 86 Millionen Mark verfügte, also für das ganze laufende Betriebsjahr bis zum September 1928 voll beschäftigt ist, wurde der gesamte Reingewinn auf neue Rechnung vorgelagert. Auch die

Blüte in der Berliner Maschinenindustrie

widerspricht den Behauptungen, daß der Maschinenbau keine genügende Rente abwerfe. Von fünf Großunternehmen mit einem Kapital von 115 Millionen Mark und Belegschaften von rund 25 000 Mann hat als einzige die Bomag in Berlin-Moabit keine Dividende gezahlt. Aber dieses Unternehmen fällt aus den Rahmen der übrigen Werke, da es durch eine perfekte Expansion, also durch die Schuld der Verwaltung und nicht durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse Verluste erlitten hatte und saniert werden mußte. Nichtsdestoweniger verfügte die Gesellschaft im Herbst 1927 über einen Auftragsbestand von 40 Millionen, der einem mehr als dreifachen Umschlag des Kapitals entspricht.

Die anderen vier Berliner Großunternehmen haben alle ihre Dividende steigern oder ihre hohe Dividende beibehalten können. So zahlte die Korr-Bremse in Lichtenberg wieder auf ihr 50-Millionen-Kapital 10 Proz. Dividende wie in den letzten drei Jahren, und da sie in den letzten Monaten mit der Einführung der Luftdrucktiefen auf den belgischen und französischen Bahnen beauftragt wurde, ist diese Gesellschaft allein mit diesen beiden Aufträgen, deren Wert etwa 166 Millionen Mark beträgt, auf Jahre hinaus beschäftigt. Die Schwarzkopff-Werke, die nach vier dividendenlosen Jahren im vergangenen Herbst die Dividendenzahlung für 1926/27 mit 6 Proz. wieder aufnahmen, sind das ganze laufende Betriebsjahr, das am 30. Juni abschließt, glänzend beschäftigt gewesen, so daß mit einer Heraushebung der Effektivgewinne gerechnet werden kann. Auch Drenkeim u. Rappelt hat seine Dividende für 1927 von 4 auf 5 Proz. erhöht. Der Reingewinn dieses Unternehmens hat sich seit dem Vorjahr verdoppelt und seit 1925 sogar vervierfacht. Das Unternehmen hatte im letzten Jahre einen Umsatz von 77 Millionen zu verzeichnen und, wie der Vorsitzende auf der gestrigen Generalversammlung mitteilte, hat der Auftragsbestand in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres die 60-Millionen-Grenze bereits überschritten. Von einer Abbröckelung der Konjunktur ist also bei den Berliner Großunternehmen keine Rede.

Noch rundere Backen haben einige große Unternehmen in der Provinz bekommen.

So hat die Maschinenfabrik Schubert u. Salzer A.-G. in Chemnitz die Dividende auf ihr Kapital von 12,2 Millionen Mark von 15 auf 16 Proz. heraufgesetzt. Bezeichnend war, daß auf der Generalversammlung einige Aktionäre 20 Proz. (11) forderten, da die Gesellschaft Gewinne versteckt habe, wie dies in der deutschen Industrie fast einzig dastehet. Die Umsätze dieser Gesellschaft stiegen von rund 27 auf 41 Millionen Mark. Auch der Mag.-Konzern (Mühlbau) in Frankfurt hat im letzten Jahr seine Umsätze um 30 Proz. und seine Dauerbelegschaft um 1000 Mann erhöhen können, so daß dieser guten Betriebslage entsprechend der Reingewinn von 1,8 auf 1,8 Millionen Mark stieg und an die Aktionäre 10 Proz. Dividende ausgeschüttet wurden. Die Hanomag in Hannover hat für ihr Geschäftsjahr 1926/27 zwar keine Dividende gezahlt, da die Betriebsumstellung der letzten Jahre sich finanziell noch nicht ausgewirkt hat, doch hat auch diese Gesellschaft ihren Umsatz, der in den letzten Jahren etwa 27 Millionen Mark betrug, um 60 Proz. steigern können.

Aber nicht nur die Großbetriebe haben ihre Konjunkturerte gut heringebracht. Gerade in der sächsischen Maschinenindustrie, die in wochenlangem erbitterten Lohnkampf ihren Belegschaften jeden Pfennig streitig machte, haben auch die mittleren Unternehmen gut abgekommen. So hat die Pitter-Werkzeugmaschinenfabrik in Magdeburg ihre Dividende von 7 auf 10 Proz. heraufgesetzt. Auch Wegelin u. Hübner zahlte wie im Vorjahr 7 Proz. und die Halle'sche Maschinenfabrik hat ihren Aktionären sofort 8 Proz. Dividende gezahlt, nachdem im Vorjahr die Dividende noch ausfiel. Diese Gesellschaft hat übrigens die Erfahrung machen müssen, daß man nicht ungestraft

Streikbrecher einstellt. Die Verwendung dieser Streikbrecher bei der Verladung verandbarer Maschinen hatte nämlich, da die meisten von ihnen mit den Maschinen nicht umgehen konnten, Brüche bei einer ganzen Anzahl Maschinen und dementsprechende Verluste für das Unternehmen zur Folge.

Die Leistungssteigerung. — Möglichkeiten der Rationalisierung.

Aber von diesen Konjunkturgewinnen abgesehen, haben die Belegschaften im Maschinenbau, die sich zu 50 Proz. aus hochqualifizierten Facharbeitern zusammensetzen, auf Grund ihrer gesteigerten Leistungen einen Anspruch auf bessere Löhne. In welchem Maß sich die Leistungen je Kopf durch die Fließarbeit und Reihenfertigung erhöht haben, zeigen einige Beispiele. In der Rotorenfabrik Deutz lieferten vor der Umstellung 650 Mann bei einem Rotorgewicht von 45 Kilogramm 900 Tonnen. Nach der Umstellung lieferten 343 Mann 950 Tonnen bei einem Rotorgewicht von 24,5 Kilogramm. Die Leistungen wurden also rund verdoppelt. Obwohl hier eine Erhöhung des Stundenlohnes um 38 Proz. eintrat, wurden durch die Fließarbeit 40 Proz. an Löhnen gespart. Außerdem betrug die Ersparnis an Unkosten 42 Proz. Ein weiteres Beispiel ist von der Nähmaschinenfabrik Hald u. Neu in Karlsruhe bekannt. In diesen Betrieben hat sich die Leistung je Kopf um 60 bis 70 Proz. erhöht. Die Senkung der Selbstkosten wirkte sich so stark aus, daß in diesem Unternehmen die Löhne pro Tag von 7,50 M. auf 12 bis 14 M. haben erhöht werden können.

Diese Beispiele zeigen, daß durch eine sorgfältige Rationalisierung noch auf weiten Gebieten große Ersparnisse möglich sind und daß in großem Umfang auch noch Lohnsteigerungen getrogen werden können, ohne die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu gefährden. Daß die Rationalisierung im deutschen Maschinenbau noch ein weiteres Betätigungsfeld hat, zeigt eine Gegenüberstellung der deutschen und amerikanischen Maschinenindustrie. Bei einer gesamten Leistungsfähigkeit von 17 Milliarden Mark in den Vereinigten Staaten gegen nur rund 5,0 Milliarden in Deutschland bestehen hier 15 965 Betriebe gegen nur 10 086 in den Vereinigten Staaten. Auf jeden amerikanischen Betrieb kommen neunmal so große Produktionswerte als auf einen einzelnen deutschen Betrieb.

Daß die Rationalisierung sich nicht auf die Umstellung der einzelnen Betriebe beschränken muß, sondern daß Zusammenschlüsse, wie sie im letzten Jahr im Automobilbau, in der Bergwerksmaschinenindustrie und im Waggonbau festzustellen waren, mit der kostenintensivsten Organisation der Produktion vereinigt werden können, noch mehr als es bisher geschah, liegt auf der Hand. Allerdings muß immer wieder betont werden, daß die auch heute noch mit Verlust arbeitenden Unternehmungen ihre Wirtschaftlichkeit kaum wieder erlangen werden, wenn die betreffenden Verwaltungen die finanzierte Rationalisierung, d. h. die entschlossene Abschreibung zu hoher Kapitalzinsen scheuen. An den im Laufe des letzten Jahres erfolgten Zusammenbrüchen und Zerfällen der Ratter Maschinenfabrik, dem Demag-Konzern sowie den Chemnitzer Maschinenfabriken Germania und Hartmann trägt keineswegs eine schlechte Konjunktur, sondern einzig und allein eine falsche Kapitalpolitik die Schuld, die das Interesse der Großaktionäre dem Werkinteresse vorstellte. B.—

Tagung öffentlicher Banken.

Dawes-Plan und deutscher Kredit.

Die Danziger Tagung des Verbandes deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute darf die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft mehr in Anspruch nehmen als jede andere Bankentagung. Sind die von den 55 in diesem Verbande vereinigten öffentlichen Banken (Staatsbanken, Landesbanken, kommunale Kreditanstalten, Landbanken und Stadtkassen) im letzten Jahre bewegten 4 1/2 Milliarden Mark auch schon durch die hohe Summe für die Volkswirtschaft von großer Bedeutung, so sind es die Leistungen dieser öffentlichen Banken und der zwischen ihnen und dem privaten Bankkapital herrschende latente Kampfsituation noch mehr.

Auf diesen öffentlichen Banken lasteten seit 1924 alle Kreditgeschäfte, zu denen das private Bankkapital entweder nicht fähig war oder die dem privaten Bankkapital nicht rentabel genug waren. Wir erinnern nur an die Bemühungen der Landesbanken und staatlichen Pfandkreditanstalten, die vom privaten Bankkapital vernachlässigte mittlere und Kleinindustrie mit langfristigen Krediten zu versehen, an die großen Dienste, die insbesondere die provinziellen Stadtkassen der Finanzierung des Kleinwohnungsbauwesens geleistet haben, die Bemühungen der Landesbanken um die Beschaffung ausländischer Wohnungsbauanleihen und endlich an die große Rolle, die die öffentlichen Banken jetzt wieder für die Durchführung der Umschuldungsaktion im Rahmen des landwirtschaftlichen Rotprogramms spielen.

Dafür werden die öffentlichen Banken, wie es schon den deutschen Sparkassen und Giroorganisationen gegangen ist, vom privaten Bankkapital mit einem gefährlichen Konkurrenzneid verfolgt, der sich am stärksten in der unbegründeten Forderung nach einer weitgehenden Besteuerung der öffentlichen Banken äußert. Dieser Haß ist begründet, da die öffentlichen Banken seit 1924 in der Verringerung der Zinsspanne, auf die es für die Verbilligung des Kredits allein ankommt und die dem privaten Bankkapital die Gewinne beschneidet hat, führend gewesen sind. Mit Recht hat die Tagung für die öffentlichen Banken die gesetzliche Steuerbefreiung im Rahmen der Gemeinnützigkeit verlangt. Weitere berechnete Forderungen waren die Reservierung des inneren deutschen Kapitalmarktes für den öffentlichen Bedarf und den Wohnungsbau, sowie die Befreiung der Kapitalertragssteuer auch für innere festverzinsliche Anleihen, nachdem der Inlandsmarkt durch die Befreiung der Auslandsanleihen von dieser Steuer künstlich verteuert wird.

Das Hauptreferat der Tagung hielt Universitätspro-

fessor Bonn-Berlin über den Dawes-Plan und den deutschen Kredit. Er kam dabei zu zwei Feststellungen, die auch für die breitere Öffentlichkeit von großem Interesse sind. Zunächst verfuhr er eine Antwort auf die Frage zu geben, wann nach den Grundzügen des Dawes-Plans die deutsche Leistungsfähigkeit als überschritten anzusehen sei. Die Antwort ist recht einfach und einleuchtend.

Deutschland müsse im Normaljahre 2 1/2 Milliarden Reparationen bezahlen. Diese in Markwährung erhobenen Reparationen dürften nur dann in ausländischer Währung übertragen werden, wenn das ohne Erschütterung der deutschen Balasta möglich sei. Das sei der Sinn des bekannten Währungsrahmens im Dawes-Plan. Natürlich würden, selbst wenn die Übertragung einmal nur unter Gefährdung der Währung stattfinden könnte, die 2 1/2 Milliarden in Mark weiter erhoben. Sie würden aber dann nicht mehr übertragen, sondern zwei Jahre lang in Deutschland angeammelt, um als Kredite für die deutsche Wirtschaft zur Verfügung zu stehen. Wenn sich dann nach zwei Jahren zeige, daß trotz dieser indirekten Kreditgewährung der Wert der deutschen Leistungsfähigkeit in fremder Währung weder mit noch ohne Schaden für die deutsche Mark erfolgen könne, dann sei Deutschlands Leistungsfähigkeit als überschritten anzusehen.

Professor Bonn hat auch in interessanter Weise die Frage zu beantworten versucht, weshalb in Deutschland der Kredit so teuer, mit anderen Worten, das Zinsniveau so hoch sei. Er führt das hohe Zinsniveau auf zwei Ursachen zurück. Einmal müsse die Kapitalbildung in Deutschland so lange stets niedriger und die Kapitalnachfrage so lange stets höher sein, als in anderen Ländern als Deutschland jährlich aus seiner Kapitalbildung 2 1/2 Milliarden für Reparationszahlungen abzuführen habe. Fast noch wichtiger aber sei ein anderer Grund. Die vielfach monopolistische Kartellierung der meisten Industrien in Deutschland habe eine ständige Erhöhung der wichtigsten Preise über das Weltmarktniveau zur Folge. Das verführe naturgemäß wegen der damit verbundenen Verteuerung der Produktion die Kapitalnachfrage und verringere die Kreditfähigkeit. Außerdem habe die monopolistische Kartellbildung in Deutschland zur Folge, daß eine große Anzahl von Unternehmungen künstlich am Leben gehalten werde, die natürlich auch großen Kreditbedarf haben, die aber unter dem Druck der freien Konkurrenz, wie etwa in den Vereinigten Staaten und England, aufgelöst werden würden und infolgedessen auch keine Kapitalnachfrage entstehen würden.

Diese mehrfachen Gründe führten mit gesetzlicher Notwendigkeit dazu, daß wohl auf sehr lange Zeit hinaus das Kapital in Deutschland teurer sein müsse als in jenen Ländern, die keine Reparationen zu zahlen haben und von der deutscher Kartell-inflation frei seien.

Die Kohlenproduktion im Mai.

Im Ruhrgebiet starkes Auswachen der Feiertage.

Die deutsche Kohlenproduktion ist im Monat Mai nach der verhältnismäßig großen Höhe geblieben. Im Ruhrgebiet wurden an 23 Arbeitstagen 9,09 Millionen Tonnen gefördert gegen 9,05 Millionen Tonnen in 23 Arbeitstagen im Monat April. Die arbeits-tägliche Förderung ist von rund 393 600 auf rund 393 400 Tonnen zurückgegangen. Dieser Rückgang ist angesichts der Jahreszeit nicht auffällig hoch. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter ist von 395 700 auf 396 900 Ende Mai zurückgegangen. Sehr stark ist allerdings die Zahl der Feiertage im Ruhrgebiet gestiegen. Die wegen Abwalmangels eingesetzten Feiertage betragen 304 375 im Mai gegen nur 3270 im April. Das entspricht einer arbeits-täglichen Vermehrung der Feiertage von 360 auf 12 175. In diesem außergewöhnlich starken Sprung kommt die zweifelslos erwachte Abfahrlage für Ruhrkohle deutlich zum Ausdruck. In Deutsch-Oberschießen dagegen ist die Entwicklung sehr viel günstiger. Dort ist die arbeits-tägliche Förderung gegenüber April von 62 361 auf 64 429 Tonnen gestiegen. Entsprechend stieg auch die Belegschaft von 52 786 auf 53 389 Mann. Im sächsischen Steinkohlenrevier ist die arbeits-tägliche Förderung gegenüber April um weniger als 200 auf 12 324 Tonnen gesunken. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist die Rohkohlenförderung mit 8,74 Millionen Tonnen auf ihrem hohen Stande geblieben.

Eine private „Bankredit A.-G.“ wurde mit einem vorläufigen Kapital von 500 000 M. von mehreren deutschen Privatbanken, darunter auch die private Großbank Hardt u. Co., Berlin, gegründet. Der Zweck des Unternehmens ist die Bearbeitung aller Baufinanzierungsangelegenheiten in Gemeinschaft mit den Gröndebanken. Offenbar handelt es sich hierbei um die Absicht, die Beschaffung von Zwischentreiditen für den Baumarkt durch die Privatbanken zu Gewinnszwecken auszuweiten. Die Baufinanzierungen durch Zwischentreidite lag bisher in der Hauptsache in den Händen von öffentlichen Banken, und es ist kaum zu erwarten, daß diese private Spezialgründung die Beschaffung von Zwischentreiditen verbilligen wird, da die Kapital Konkurrenz auf dem Geldmarkt für diese Zwecke sich verschärfen muß.

Neue Goldpfandbriefe. Die Preussische Landespfandbriefanstalt zu Berlin, deren Grundkapital und Reserven nach der kürzlich erfolgten Kapitalerhöhung über 26 Millionen betragen, legt nach einer Veröffentlichung im Anzeigenteil in der Zeit vom 26. Juni bis 16. Juli 1928 2 Millionen Goldmark Sprozentige Goldmarkpfandbriefe zum Vorzugsturs von 97,50 Proz. und 1 Million Goldmark Sprozentige Goldmark-Kommunal-Obligations zum Vorzugsturs von 95,25 Proz. (leichter Börsenturs 95,70 Proz.) zur öffentlichen Zeichnung auf. Die Werte sind in Stücken von 100, 200, 500, 1000 und 5000 Goldmark erhältlich, sind mit halbjährlichen Zinscheinen versehen und bieten eine hohe Dauerverzinsung. Zeichnungsschluss ist der 16. Juli 1928.

altbewährt bei

**Magen- und Darm-
erkrankungen**
(Übersäuerungen, Sodbrennen, Hyperazidität)
und
Darmkatarrhen

Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 830-61

Maizena nehmen

für Flammeris, Fruchtgrützen, Obstspeisen, Puddings und Gebäck, für Suppen, Saucen und Gemüse.

Ma. Riv